

Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie

Arbeitsgruppe 3 und 4

Aktuelle Beispiele von Genossenschaften

Wolfgang Fabricius

Inhaltsverzeichnis

1. Deutschland.....	2
1.1. Konsumgenossenschaften.....	2
1.1.1. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung	2
1.1.2. Konsum Dresden [3].....	3
1.1.3. Konsum Leipzig.....	4
1.1.4. co op Schleswig-Holstein eG.....	4
1.2. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften.....	5
1.2.1. VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG.....	6
1.2.2. Weitere Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften.....	6
1.2.4. Community supported agriculture (CSA).....	8
1.2.5. Kaufhaus der Genossenschaften eG (KaDeGe).....	8
1.3. Einzelhandelsgenossenschaften.....	9
1.4. Schülergenossenschaften.....	10
1.5. Wohnungsgenossenschaften.....	11
1.6. Wassergenossenschaften.....	15
1.7. Energiegenossenschaften.....	16
1.8. Genossenschaftsbanken.....	17
2. Italien.....	19
3. Schweiz.....	20
3.1. Die Migros-Genossenschaften.....	21
3.2. COOP.....	23
3.3. Vertragslandwirtschaft	23
4. Spanien.....	24
4.1. Mondragón.....	24
5. USA.....	25
5.1. Community supported agriculture (CSA).....	26
6. Venezuela.....	26
6.1. Cecosesola.....	26
7. Japan.....	27
8. Bangladesch.....	28
8.1. Grameen-Bank.....	28

In Ermangelung einer systematische Dokumentation der in- und ausländischen Genossenschaften werden nachfolgend nur einige besonders hervorzuhebende Beispiele aufgeführt, die auf Selbstdarstellungen, Zeitungsberichten sowie eigenen Recherchen und Erfahrungen beruhen.

1. Deutschland

1.1. Konsumgenossenschaften

Konsumgenossenschaften haben in Deutschland etwa 900.000 Mitglieder. Unter diesen hat die Coop Schleswig-Holstein mit etwa 47.000 Mitgliedern den größten Umsatz.

1.1.1. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung [1]

Der aus der DDR kommende Konsum Berlin hat eine mehrjährige Insolvenzphase überstanden, besitzt aber jetzt nur noch Immobilien und übt zur Zeit keine Einzelhandelstätigkeit aus. Er war nach der Wende, wie 1952 auch die westdeutschen Konsumgenossenschaften, von der Verbraucherseite des Marktes immer weiter auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes übergewechselt, indem er 1990 z.B. den insolventen Westberliner Lebensmittelbetrieb Meierei C. Bolle übernahm. Dessen Kundschaft wohnte im Westen Berlins, während seine Mitglieder im Osten zuhause waren. Es handelte sich bezüglich dieses Geschäftsbereiches also um ein reines Nichtmitgliedergeschäft.

Außerdem errichtete er weitere Lebensmittelmärkte wie z.B. das Einkaufscenter in Berlin-Buch. Finanziert wurden diese - in einer mit Supermärkten überversorgten Stadt - waghalsigen Investitionen mit Geschäftsanteilen von Mitgliedern, die zu 6% verzinst wurden. Viele Mitglieder und ihre Familien hatten sich mit der Höchstsumme von 25.000 Euro eingekauft [2] Ihre Geschäftsanteile sind infolge der Insolvenz wertlos geworden. (Es wurde deshalb mit der am 30. Juni 2008 beschlossenen Novellierung der Satzung die maximale Anzahl der Geschäftsanteile für Neumitglieder von 1000 auf 10 reduziert). Der Konsum Berlin ist somit ein gutes Beispiel, wie das Verlassen des Identitätsprinzips und eine zu hohe Verzinsung der Geschäftsanteile ein genossenschaftliches Unternehmen in die Insolvenz treibt.

Nach Aufhebung der Insolvenz am 28.02.2007, der Abwicklung des Insolvenzplanes und der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit wird davon ausgegangen, dass Ausschüttungen an die noch knapp 100 000 Mitglieder, deren Einlagen insgesamt 57 Mio. Euro betragen, ab dem Jahre 2012 wieder möglich sein könnten. Hierzu sollen die jährlichen Mieteinnahmen von 6,9 Mio. Euro aus den mit einem Wert von 82 Mio. Euro ausgewiesenen 43 Immobilienobjekten beitragen.

Die nachfolgende Selbstdarstellung stammt aus dem Jahr 2003, der Zeit vor Einleitung des Insolvenzverfahrens, ist also nur insofern bedeutsam, als sie die Verkennung der eigenen Strategie und Situation drastisch veranschaulicht:

„Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG steht in der Tradition der genossenschaftlichen Idee, die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden ist. 1899 als Handelsunternehmen gegründet, hat die „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG“ über 100 Jahre schwerste Zeiten überdauert. Zuletzt war die mit der Wiedervereinigung notwendig gewordene Umstellung vom Handelsunternehmen hin zum Vertriebs- und Dienstleistungsunternehmen zu meistern.

Das Hauptgeschäftsfeld ist heute der Vertrieb von Produkten und Serviceleistungen durch Vorteilsweitergabe an die Mitglieder. Durch die Bündelung der Nachfrage von 190.000 Mitgliedern sind erhebliche Vorteile in Form von Rückvergütungen, Rabatten usw. für die Mitglieder möglich.

Außerdem betreibt die Konsumgenossenschaft die Reisebüro K-Tours und ist Inhaber und Betreiber des Hotels Dorint am Müggelsee Berlin und der Ausflugsgaststätte Rübzahl mit den Müggelsee-Terrassen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin verwaltet weiterhin ein umfangreiches Immobilienvermögen, in dessen Kern über 60 Handelsstandorte stehen.

Nach einem radikalen Sanierungskurs wandelte sich das Unternehmen ab 1992 unter dem Druck uneffektiver Strukturen, hoher Kosten, komplizierter Eigentumsprobleme und übermächtiger Konkurrenz von einem defizitären Handelsriesen zu einem prosperierenden Immobilienunternehmen.

1991 wird ein radikales Sanierungsprogramm durchgeführt. Der Konsum Berlin trennt sich von 1.000 Filialen und allen Gaststätten. Die Zahl der Beschäftigten wird von 14.000 auf 5.000 reduziert. 1992 jedoch trennt sich der Konsum auch noch von den letzten Verkaufsstellen.

1994 war das erste Jahr, in dem die Konsumgenossenschaft schwarze Zahlen schrieb. Vorstandschef Ernst Vatter: 'Unsere Unternehmensphilosophie heißt Grund und Boden erwerben, Gebäude sanieren, Mietflächen schaffen, Eigentum und Erträge sichern. Gleichzeitig errichten wir mit dreistelligen Millionenbeträgen neue Wohn- und Geschäftskomplexe zum Verkauf oder zur Vermietung.'

In den letzten fünf Jahren entstanden im Unternehmen selbst 50 und im Umfeld etwa 1.000 Arbeitsplätze. Die Bilanzsumme lag 1998 bei 400 Millionen Mark, der Gewinn bei über drei Millionen. Im fünften Jahr in Folge wurden sechs Prozent Dividende an die Konsummitglieder ausgeschüttet. Die Geschäftseinlagen der rund 190.000 Mitglieder stiegen von zehn auf über 50 Millionen Mark.

Die Berliner Genossenschaft will auch in Zukunft ihren Expansionskurs fortsetzen. Vorstandsmitglied Hannelore Winter: 'Wir stehen mitten in der Planung für einen neuen modernen Komplex von Einkaufscenter und Hotel in Berlin-Buch. Er soll bis 2001 entstehen und ist mit einer Investitionssumme von 120 Millionen Mark das bisher umfangreichste Vorhaben in der Konsum-Geschichte.'

Die beiden Kardinalfehler, die zum Scheitern führten, waren das Nichtmitgliedergeschäft und die zu hohe Verzinsung der Geschäftsanteile, die das Kapital der Mitglieder im Übermaß anzog und Baumaßnahmen induzierte, die nicht dem eigenen und auch nicht Nutzungsbedarf der Stadt entsprachen.

Kurz vor der Insolvenz hatte der Konsum noch die sehr sinnvolle KonsumCard herausgegeben, mit der Genossenschaftsmitglieder in 200 über Berlin verteilten Geschäften von anderen Unternehmen einkaufen konnten. Diese Unternehmen hatten sich bereit erklärt, Rabatte zu gewähren. Entsprechende Lesegeräte waren installiert worden. Diese Investition kam zu spät, um die Insolvenz noch abzuwenden. Heute, nach überstandener Insolvenz, wo der Konsum Berlin nur noch Immobilien verwaltet, käme den noch immer etwa 100.000 Mitgliedern diese Einrichtung sehr entgegen, aber nach Auskunft der damaligen Geschäftsführerin Frau Winter würde die Reaktivierung von Hard- und Software über 300.000 Euro betragen, über die man aber derzeit nicht verfügen würde. Inzwischen kann die ConsumCard allerdings wieder verwendet werden.

1.1.2. Konsum Dresden [3]

Die Homepage stellt vor: „Die Konsum Dresden eG ist ein traditionsreiches Dresdner Handelsunternehmen (gegründet 1888) und gilt heute mit mehr als 40 Supermärkten, rund 1000 Mitarbeitern und rund 35.000 Genossenschaftsmitgliedern als Marktführer im Lebensmitteleinzelhandel der sächsischen Landeshauptstadt. ...

Im Mittelpunkt steht der Kunde. Seine Wünsche zu erkennen und sie durch eine gute Qualität der Produkte sowie zuvorkommenden, ideenreichen Service zu angemessenen Preisen zu erfüllen, ist die Voraussetzung für seinen Einkauf bei uns und seine Treue. Es ist unser Ziel, unserem Kunden immer eine sehr gute Gesamtleistung für sein Geld zu bieten, die er sowohl in unseren Märkten als auch zuhause oder im Büro erleben kann.“

Vorstandssprecherin Gabriele Grismayer: *"Mit der Schließung von den 450 Filialen waren 4.000 Mitarbeiter betroffen. Das sind einmal menschliche Schicksale gewesen, aber auf der anderen Seite, dadurch, dass sehr, sehr lange Betriebszugehörigkeiten eigentlich 'ne Besonderheit unserer Genossenschaft sind - denn wer einmal im Konsum anfängt, bleibt eigentlich im Konsum - war das auch vom wirtschaftlichen Aspekt her sehr, sehr schwierig zu bewältigen, denn die Abfindungen waren sehr, sehr hoch.*

Die Konkurrenz der westdeutschen Handelsketten und die besonderen Eigentumsverhältnisse der Konsumgenossenschaften stellten weitere Herausforderungen dar.

Mit der Wende kam für viele das wirtschaftliche Aus oder die Neuorientierung als Immobiliengenossenschaft. Die Läden wurden an westliche Filialunternehmen wie Edeka, Rossmann, Tip, Extra, Plus verkauft. In Dresden überlebte die einstige Konsumgenossenschaft Vorwärts, die im Juni 1888 gegründet wurde. Seit 2000 ist die Dresdner Konsum eG. sogar wieder Marktführer in der Region. Und gleichzeitig, während diese Sanierung lief, mussten wir ja sehr, sehr intensiv in die Immobilien, in den Immobilienbestand investieren, um überhaupt eine Chance am Markt zu haben. Denn aus den alten Bundesländern, die Ketten, die stürmten hier die Region, haben neue, moderne Märkte errichtet, hatten viel bessere Voraussetzungen als wir, denn man muss wissen: Bei unseren Märkten gehörte uns zwar überall der Baukörper, aber der Grund und Boden gehörte nicht der Genossenschaft. Und den mussten wir, und da sind wir heute noch nicht zu Ende, Stück für Stück dazukaufen. Auch das ist eine sehr, sehr große finanzielle Belastung gewesen."

Zu DDR-Zeiten, aber auch in den Anfangsjahren der Bundesrepublik war es Tradition, Konsummarken zu kleben. Am Jahresende sprang so meist der Weihnachtsbraten heraus. Diese traditionelle Form der Rückvergütung wurde Ende 2001 eingestellt. Jetzt gibt es eine „Konsum-Mitgliedercard“, mit der die Einkäufe elektronisch erfasst werden. Die Rückvergütung wird den Mitgliedern in Dresden automatisch ausgezahlt.

1.1.3. Konsum Leipzig [4]

Der Konsum Leipzig wurde am 8. Mai 1884 als "Consum-Verein für Plagwitz und Umgegend", einem Stadtteil von Leipzig, gegründet. Im alleinigen Besitz seiner 45.000 Mitglieder operiert er in voller Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in den Geschäftsbereichen Handel und Immobilien. Er betreibt 73 Lebensmittelgeschäfte in Leipzig und seinem engeren Umland und beschäftigt etwa 825 Mitarbeiter, darunter etwa 67 Auszubildende. Er betreut mehr als 50.000 Kunden pro Tag und zählt neben Deutsche Bank AG, Quelle AG, Siemens AG etc. zu den 15 größten IHK-zugehörigen Unternehmen im Kammerbezirk Leipzig.

Auch im Konsum Leipzig gibt es keine Marken mehr. Doch anstelle der in Dresden gezahlten Rückvergütung erhalten die Mitglieder hier eine Dividende auf ihren Geschäftsanteil. Wie in Dresden gelang der Konsumgenossenschaft in Leipzig mit großen Einschnitten in den Altbestand die Konsolidierung. Stephan Abend ist seit 1991 im Konsum Leipzig. Damals hatte das Unternehmen 580 Geschäfte: *„Wie alle guten Ideen ist die KONSUM-Idee ganz einfach: Menschen haben gleiche Interessen, schließen sich zu einer Genossenschaft zusammen und verwirklichen das Ganze. Beim KONSUM LEIPZIG sind das über 47.000 Mitglieder (per 31.12.2006), die mitbesitzen, mitgestalten, mitverdienen. Und in seinen Geschäften einkaufen.“*

1.1.4. co op Schleswig-Holstein eG [5]

1899 wurde in Kiel der Allgemeine Konsumverein Kiel (AKVK) gegründet, 1904 der Konsumverein Lübeck. Die Nationalsozialisten liquidierten 1935 den AKVK zwangsweise. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Schleswig-Holstein 1946 elf Konsumgenossenschaften wiedergegründet. Sie

haben sich 2006 als coop eG zusammengeschlossen.

Weitere Genossenschaften, darunter u.a. die Konsumgenossenschaft Dortmund-Kassel und die Produktion der ehemaligen Konsumgenossenschaft in Hamburg ("PRO") wurden in der Zeit von 1972 bis 1992 zum Teil übernommen.

Die coop eG ist heute mit den Vertriebslinien Wandmaker, plaza und SKY über 250 Mal in Nord- und Ostdeutschland präsent. Mit Super- und Verbrauchermärkten, SB-Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Der sky-Markt in Güstrow erhielt die Auszeichnung »Beste Wursttheke Deutschlands 2009«

Mit etwa 47.000 Mitgliedern, über 10.000 Beschäftigten, darunter fast 1.000 Auszubildenden, und 1,4 Milliarden Euro Umsatz ist sie derzeit die größte deutsche Konsumgenossenschaft.

Ganz bewusst hat man vor 30 Jahren entschieden, sich nicht der Frankfurter co op AG anzuschließen. Der heutige Vorstandsvorsitzende Winrich Wolke kommentiert die damaligen Motive: *"Vorstand und Aufsichtsrat haben von Anfang an diesen Weg sehr skeptisch verfolgt und hatten, aus heutiger Sicht berechtigte Zweifel daran, ob ein Zusammenschluss von überwiegend finanz- und wirtschaftlich schwachen Unternehmen gelingen kann. Ich finde es aus heutiger Sicht bewundernswert, wie diese Gremien dem Druck, der aus Frankfurt kam, standhalten konnten, und wie mutig sie den Weg aufgezeichnet haben, den die co op Schleswig-Holstein gehen sollte, bis heute im Übrigen mit Erfolg."*

1.2. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften

In Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG) schließen sich vorwiegend im Lebensmittelbereich Verbraucher mit Erzeugern zusammen, um kostengünstiger landwirtschaftliche Produkte zu produzieren und zu verteilen.

Von den in Deutschland gegründeten EVGen haben einige ihre Tätigkeit wieder eingestellt, andere, wie z.B. die EVG Tagwerk in Dorfen bei München, sind bereits Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften.

Eine der ersten EVGen in Deutschland wurde unter Mitwirkung des Autors 1982 in Berlin als Verein gegründet. Sie war aus dem Ökodorf in der Kurfürstenstraße hervorgegangen und arbeitete mit 3 niedersächsischen Öko-Bauern zusammen. Sie baute ihren Vertrieb schrittweise aus und stand schließlich auf 13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg ihren 850 Mitgliedern einigermaßen flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probekäufe tätigen. Eines der eindrucksvollsten Erlebnisse war für viele das Wiedererleben der Jahreszeiten über das jeweilige Angebot von Obst und Gemüse: die ersten Erdbeeren, Kirschen, Pflaumen etc. und dass man vom Bauern direkt Rohmilch beziehen konnte, die erlaubte, zu Hause wieder Käse herzustellen.

Da einer der Bauern bereits vor der Gründung der EVG in die Insolvenz geraten war und sein Hof schließlich versteigert werden sollte, wurde er von Mitgliedern der EVG in Form einer GbR übernommen. Die Ersteigerungssumme hatten Mitglieder der EVG zu einem großen Teil mit zinslosen Darlehen von 500 bis 20.000 DM zur Verfügung gestellt.

Allerdings konnten von den Mitgliedern der EVG nicht alle Produkte des erworbenen Hofes neben den Produkten der anderen beiden Bauern vollständig abgenommen werden und so musste das Nichtmitgliedergeschäft intensiviert werden. Hiermit war man aber auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes mit allen dort herrschenden Problemen geraten.

Eine zweite Problematik bestand im Personalmangel. Es mussten Stundenkräfte angeheuert werden, die aber mit den Ladenkassen nicht ausreichend zuverlässig umgingen. Die dritte und größte

Problematik stellte der Mangel an einem ausreichend qualifizierten Geschäftsführer dar. Von dem zur Verfügung stehenden Diplomkaufmann wurde z.B. die Produktion auf dem Hof der EVG-Mitglieder extrem hoch angesetzt, wenn aber die Vermarktung anstand, wurden diese Produkte nicht im erforderlichen Umfang den Produkten der anderen Bauern vorgezogen und konnten somit nicht vollständig abgesetzt werden. Entsprechende Verluste auf diesem Hof waren die Folge.

Um die EVG zu stabilisieren, wurde eine Genossenschaft gegründet, deren Eintragung aber auch wegen des Fehlens eines qualifizierten Geschäftsführers nicht erreicht wurde. Selbst die beiden Ökonomen, die der damalige Vorsitzende der SPD, Walter Momper, eigenhändig aus der Mitgliederkartei ausgesucht hatte, konnten wegen anderer Projekte nicht tätig werden. Auch über die AL, dem Berliner Vorläufer der heutigen Grünen, war kein Ökonom zu finden, der die EVG unterstützen konnte.

Als dann mit der Maueröffnung Konkurrenz in der nächsten Umgebung Berlins befürchtet werden musste und die Risiken sich damit weiter erhöhten, stellte die EVG ihre Geschäftstätigkeit ein. Die Ländereien konnten ohne wesentliche Verluste verkauft werden. Die Stände auf den Wochenmärkten wurden von dem Bauern weiter betrieben, der sich am aktivsten am Aufbau der Marktstände betätigt hatte, der den kürzesten Weg nach Berlin hatte und dessen Hof EVG-Mitglieder ersteigert hatten. Die beiden Bio-Läden wurden von interessierten ehemaligen Kunden übernommen und existieren heute noch.

Grundsätzlich bauen die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften nicht nur den Vertrieb auf, sondern gestalten auch eine bedarfsorientierte Produktion.

1.2.1. VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG [6]

Die Verbrauchergemeinschaft wurde 1994 in Dresden als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden drei Mitgliederläden, zwei Naturkost- und einen Naturwarenladen. Der Verkauf erfolgt nur an Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederaufwendungen (Beiträge), weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich.

Das Anliegen der VG ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus der Region. Insgesamt wird sie von ca. 30 Betrieben direkt beliefert.

Es gibt in den Läden ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Es dient zur Orientierung in den Läden und zur Stärkung der Grundgedanken der VG: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie der Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, auch die nicht besonders gekennzeichneten, stammen aus ökologischer Produktion. Die Genossenschaft legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

1.2.2. Weitere Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften:

- Verbrauchergemeinschaft Ringelblume e.V. in Radebeul
- "Bio-Ecke" Verbrauchergemeinschaft für ökologisch erzeugte Produkte Meißen e.V. in Meißen
- Gemeinschaft der Verbraucherinnen für umweltgerecht erzeugte Produkte e.V. in Dresden

- Löwenzahn Verbrauchergemeinschaft Freital in Freital
- Verbrauchergemeinschaft "Das Rübchen" e.V. in Pirna
- Querbeet e.V. in Kamenz
- Ökologischer Arbeitskreis Hoyerswerda e.V. in Hoyerswerda
- Löwengarten mit der Transition Town-Initiative Berlin SO 36
- Lokomotive Karlshof mit dem Kartoffelkaffee in Berlin.

Der Verkauf erfolgt entweder nur an Mitglieder oder es besteht ein sogenanntes Zweipreismodell.

1.2.3. Dorfläden

Mit jeder Schließung von Lebensmittel-Einzelhandelsläden verschlechtert sich die Nahversorgung und Lebensqualität speziell älterer Menschen im ländlichen Raum. „Eigeninitiative statt Unterversorgung“ und „Dorfladen von Bürgern für Bürger“ lauten die Antworten auf diese Entwicklung.

In rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt Projekte, die schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben. Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen. Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit mit einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

Vorteile eines Dorfladens:

- Arbeit und Geld bleiben in der Region
- Produkte aus der Heimat
- Einziartigkeit der Produktpakete
- gesunde und Bewußte Ernährung
- Verantwortung gegenüber der Natur
- Qualität
- kürzere Fahrwege
- Wertschätzung der Erzeuger
- Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes
- Kommunikation
- Vermittlung von Kenntnissen

Ein Dorflädennetzwerk ist entstanden: <http://dorfladen-netzwerk.de/dorflaeden-in-deutschland/>

- Dorfladen [Daiting](#), 86653 Daiting
- Dorfladen [Dürbheimer](#) 78589 Dürbheim
- Dorfladen [Ettenbeuren](#), 89358 Kammeltal
- Dorfladen [Gailenkirchen](#), 74523 Schwäbisch-Hall
- Dorfladen [Gottwollshausen](#), 74523 Schwäbisch-Hall
- Dorfladen [Michelbach](#), 35041 Marburg
- Dorfladen [Niederrieden](#), 87767 Niederrieden
- Dorfladen [Otersen](#), 27308 Kirchlinteln-Otersen – eMail: dorfladen@otersen.de
- Dorfladen [Paunzhausen](#) eG, 85307 Paunzhausen
- Dorfladen [Pfrondorf](#) eG, 72074 Tübingen-Pfrondorf
- Dorfladen [Ramsau](#), Reichertsheim
- Dorfladen [Rödelsee](#) ("Rödelseer Markt"), 97348 Rödelsee
- [Dorfladen in Utzenhofen](#) in der Oberpfalz, Erster Dorfladen Bayerns seit 1994
- [DORV-Dorfladen](#) in 52428 Jülich-Barmen
- [KOMM-IN Offensive Nahversorgung](#) in Baden-Württemberg 75447 Sternenfels
- [Lintler Laden](#), 27308 Kirchlinteln-Bendingbostel
- [MarktTreff](#)-Initiative in Schleswig-Holstein
- Unser Laden [Roringen](#) e.V., 37077 Göttingen

1.2.4. Community supported agriculture (CSA)

Die Idee der Community supported agriculture (CSA), der „gemeinschaftlich unterstützten Landwirtschaft“ stammt von Rudolf Steiner und wurde aus der Schweiz nach Japan, den USA und Kanada exportiert und von dort nach Deutschland geholt. Ein Hof, der sein Umfeld mit seinen Produkten versorgt, wird von diesem Umfeld finanziert. Die Produkte werden dann nicht einzeln verkauft, sondern stehen den Unterstützern frei zur Verfügung.

In Deutschland existieren zur Zeit etwa 10 Höfe in der Umgebung von Hamburg, Berlin, Münster, Kaiserslautern, Brandenburg, Lübeck und Kassel. Über den Aufbau eines Freihof-Projektes nach den CSA-Prinzipien wird diskutiert.

1.2.5. Kaufhaus der Genossenschaften eG (KaDeGe)

Durch das Internet haben sich im Laufe der letzten Jahre zunehmend Quasi-Peer-to-Peer-Verhältnisse zwischen Verbrauchern und Erzeugern hergestellt. Die Angebote der Hersteller können direkt vom Verbraucher abgerufen werden. Auch viele Groß- und Einzelhändler bieten online Produkte unterschiedlichster Hersteller an. Spitzenreiter ist ebay, über das Produkte ersteigert werden können. Über diese massenhaften Angebote findet ein zunehmend schärferer Wettbewerb statt, der zu einer abwärts gerichteten Lohn- und Preisspirale führt.

Notwendig werden deshalb Angebote, die sozialen und ökologischen Kriterien genügen. Diese Kriterien sollen von einer ausreichend großen und kompetenten Zahl von Verbrauchern erstellt und kontrolliert werden. Entscheidendes Instrument eines solchen Vorhabens ist eine ausreichend seriöse Instanz, die diese Arbeit koordiniert und ein Webshop, über den nur noch Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, die diesen sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen.

Als Keimzellen bedarfsorientierten profitfreien Wirtschaftens könnten die weltweit existierenden Genossenschaften mit ihren 800 Mill. Mitgliedern mit vielen weiteren ökonomischen Projekten fungieren. Als Abnehmer kämen in Deutschland u.a. die 22 Millionen Genossenschaftsmitglieder in Frage.

Mit dem Projekt „Kaufhaus der europäischen Genossenschaften“, das probeweise 2008 und 2009 in Berlin betrieben wurde, sollten über einen Online-Shop für zunächst 140 Produktionsgenossenschaften in Tschechien und der Slowakei deutsche bzw. europäische Verbraucher als Mitglieder einer Konsumgenossenschaft gewonnen werden. Diese Genossenschaften produzieren Spielzeug, Möbel, Textilien, Kosmetik, Büroartikel, mechanische und elektrische Haushaltsgeräte, Fahrräder und Dekorationswaren etc. Für das Produktdesign waren auch Berliner Künstler vorgesehen. Deshalb war auch der Berliner Senat an dem Projekt interessiert und bei der Formulierung des Antrags für EU-Mittel behilflich.

Über das Kaufhaus sollte die Kommunikation und Kooperation der Konsumenten und Produzenten bezüglich Qualität, Funktionalität, Design, Preis, soziale und ökologische Standards über den lokalen Raum hinaus auf die nationale, europäische und auch globale Ebene erweitert und damit intensiviert und optimiert werden. Durch diese direkte Kooperation von Konsument und Produzent sollte der profitmaximierende Markt von den Mitgliedern in immer weiteren Bereichen zurückgedrängt werden.

Als ökonomischer Vorteil der Mitgliedschaft war eine Rückvergütung am Ende des Jahres entsprechend der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen und nach entsprechend vorhandenen Überschüssen vorgesehen.

Ein wesentliches Ergebnis des direkten Zusammenwirkens von Konsument und Produzent sollte auch die ökologisch bedeutsame Reduzierung von Überproduktion sein, denn es würde nicht für einen Markt sondern am Bedarf orientiert produziert. Damit würde auch die Lagerhaltung minimiert.

Die Kommunikation der Mitglieder sollte neben der realen durch eine virtuelle Mitgliederversammlung unterstützt werden. Bei Bedarf sollte von den Konsumenten auch ein Markt für den Wiederverkauf nicht mehr benötigter Produkte („Second-Hand“) eingerichtet werden.

Die Finanzierung über EU-Mittel scheiterte jedoch, weil ein dauerhafter Betrieb entstehen sollte und somit nach den EU/WTO-Kriterien eine Wettbewerbsverzerrung eingetreten wäre.

Es soll deshalb das Projekt mit alternativen Projekten neu begonnen werden. Erste Vorstudien werden zur Zeit mit dem im August 2010 freigegebenen Online-Shop-System Überdrupal vorgenommen. Vorgesehen ist die Sammlung von im „Graswurzelmilieu“ vorhandenen Angeboten und Nachfragen z.B. nach alten Sorten von Bäumen und Nutzpflanzen. Es sollen alle Produkte des alternativen Bereichs wie Obst und Gemüse, Lebensmittel aller Art, Handarbeiten, Second-Hand-Produkte etc., aber auch Dienstleistungen und Qualifikationen von Experten angeboten und abgerufen werden können. Auch ein eigener Verteilerdienst mit Abholstellen, Lastenfahrrädern und eventuell auch über Mitfahrgelegenheiten soll eingerichtet werden.

1.3. Einzelhandelsgenossenschaften

Einzelhandelsgenossenschaften sind zwar Abnehmer- aber keine Endnutzergenossenschaften, jedoch zweitletztes Glied in der Produktionskette. Die nachfolgenden beiden Genossenschaften Edeka und Rewe sind wie Mondragón nicht auf allen Ebenen genossenschaftlich organisiert. Sie können jedoch, obwohl sie teilweise genossenschaftlich organisiert und auf dem Markt sehr erfolgreich sind, allenfalls in Teilbereichen als Beispiele für Solidarische Ökonomie angeführt werden.

Die **Edeka-Gruppe** ist seit 2005 durch die Übernahme der Spar Handels-AG der größte Verbund im deutschen Einzelhandel. Partner der Edeka-Gruppe sind Genossenschaften, in denen sich selbstständige Einzelhändler zusammengeschlossen haben. Regionalgesellschaften sind für das Großhandelsgeschäft verantwortlich und beliefern die selbstständigen Händler wie die Filialbetriebe, die über die Regionalgesellschaften oder die Edeka Zentrale AG & Co. KG zur Gruppe gehören oder mit ihr kooperieren.

Die Edeka-Gruppe entstand 1898, als sich 21 Einkaufsvereine in Berlin zur „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin“ - kurz E. d. K. - zusammenschlossen.

1933 forderte Edeka ihre Mitglieder auf, den NS-„Kampfbünden für den gewerblichen Mittelstand“ beizutreten. Am 18. April erklärte sie freiwillig ihre Gleichschaltung. Ab 1936 wurde das Handeln des Unternehmens dirigistisch reglementiert. Das Geschäftsgebiet von Edeka wurde auf das Saarland und Österreich ausgedehnt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Wiederaufbau von einer neuen Zentrale in Hamburg geleitet. 1972 gab sich die Edeka-Gruppe eine neue Struktur mit der Gründung von zwölf Regionalgesellschaften. Die Zentrale und die Bank wechselten die Rechtsform und wurden eine Aktiengesellschaft. 1990 wurden etliche Konsum- und HO-Verkaufsstellen übernommen und Edeka kehrte nach Ostdeutschland zurück.

Edeka hat Spar, Netto und Plus übernommen und bezeichnet sich mit einem Jahresumsatz von 36,6 Milliarden Euro auf 12.000 Märkten und mit etwa 262.000 Mitarbeitern als größter deutscher Einzelhandelskonzern. Die etwa 4.500 selbstständigen Edeka-Einzelhändler hatten 2008 einen Umsatz von 16,1 Milliarden Euro.

Die **Rewe Group** hat ihren Sitz in Köln. Der Name Rewe ist ein Akronym für Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften.

Die Rewe ist eine genossenschaftliche Handelsgruppe. Die Basis bilden selbstständige Einzelhändler. Im Geschäftsjahr 2008 wies Rewe einen Umsatz von ca. 49,8 Mrd. Euro aus, der von 319.292 Beschäftigten (davon 211.296 in Deutschland) in 14.714 Märkten mit einer Gesamtverkaufsfläche von

ca. 12.905.000 m² erwirtschaftet wurde. Nach eigenen Angaben ist sie der zweitgrößte Lebensmittelhändler in Deutschland und der drittgrößte Lebensmittelhändler in Europa.

Gegründet wurde die Rewe am 1. Januar 1927 als Genossenschaft in Köln. Im Dritten Reich kam es 1935 zu einer ersten Umfirmierung zur Rewe-Zentrale Deutscher Lebensmittel-Großhandels-Genossenschaften eGmbH. Während des Zweiten Weltkrieges war die Gruppe für kurze Zeit handlungsunfähig, da wichtige Teile der Verwaltung ausgebombt waren.

1972 wurde die Konzernstruktur reformiert: die Rewe-Zentralfinanz eG und die Rewe-Zentral-Aktiengesellschaft Köln wurden gegründet.

1990 strukturierte sich Rewe erneut um: Der bislang dreistufige Konzernaufbau (Einzelhandel, Großhandlung, Zentrale) wurde durch einen zweistufigen Aufbau (Einzelhandel, Zentrale) ersetzt, dazu brachten die zuvor rechtlich selbständigen Rewe-Großhandlungen ihren Geschäftsbetrieb in die Rewe-Zentral AG ein. Ausnahmen bildeten die Rewe Dortmund Großhandel eG und die Rewe Lebensmittel-Großhandel eG Herne, wobei letztere ihren Geschäftsbetrieb zum 30. Juni 2001 einstellte.

2008 gab Rewe bekannt, seine bundesweit etwa 6000 Märkte und Reisebüros ab sofort komplett mit Ökostrom versorgen zu wollen. Der Konzern ist damit nach eigenen Angaben der größte Nutzer von Ökostrom in Deutschland.

1.4. Schülergenossenschaften

Die Kultur der wirtschaftlichen Selbsthilfe ist in 60 Jahren Wirtschaftswachstum auf dem Rücken der „Dritten Welt“ verlorengegangen. Profitmaximierung, Konkurrenz, Ausbeutung von Mensch und Umwelt bestimmt Arbeitswelt und Privatleben. Der Zusammenbruch dieses Systems auf individueller und globaler Ebene ist vorzusehen. Ein Umdenken und Andersleben ist nötig und muss vermittelt und erlernt werden. Wo ist das besser möglich als in der Schule.

Weltweit existieren Schülergenossenschaften in:

- Italien: 216 Schulgenossenschaften mit über 400 Schulen und 45.000 Mitgliedern.
- Spanien: 800 Schulgenossenschaften mit 25.000 Schülern und 10.000 Lehrern.
- Schweden: 100 genossenschaftliche Gruppen leiten ehemalige Staatsschulen. 66% aller privaten Kindertagesstätten werden genossenschaftlich geführt.
- Ungarn: 80 Fachhochschulen mit 15.000 Studenten und 900 Lehrern.
- USA: über 50.000 Familien lassen ihre Kinder in genossenschaftlichen Kindertagesstätten betreuen.

Auch von Schülergenossenschaften in Frankreich, der Türkei, Kanada, Argentinien, Brasilien, Malaysia, Myanmar und Südafrika wird berichtet [7].

Die erste Genossenschaft an einer deutschen Schule wurde 2004 mit dem Namen „Hut ab! Schulgenossenschaft eG“ in der Joseph-Beuys-Gesamtschule in Düsseldorf gegründet. In dieser Genossenschaft, wurden mehrere Schülerfirmen gegründet, die teils als Produktivgenossenschaften (Catering, Haushaltshilfen, Medienservice und Radputz), teils als Konsumgenossenschaften (Disco, Material) fungieren.

2006 wurden in Niedersachsen mit dem Titel genoatschool 11 Schülergenossenschaften gegründet, die 2 Jahre von Frau Prof. Dr. Nicole Göler von Ravensburg von der Fachhochschule Frankfurt am Main wissenschaftlich begleitet [8] und von der Bund-Länder-Kommission und dem Genossenschaftsverband Norddeutschland mit Materialien, Beratung Fortbildungsangeboten und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt wurden.

Sie befassen sich unter anderem mit:

- Schüler helfen Nachhilfe-Schülern (ShS),
- Fanartikel,

- Veranstaltungsmanagement,
- Kiosk All-In,
- Energiespar-Management,
- Informationstechnik etc.

Die Schülergenossenschaften in Deutschland sollen zwar nicht nur solidarisch, sondern auch nachhaltig arbeiten und nicht auf Gewinnmaximierung angelegt sein, aber sie sollen sich im wesentlichen mit der Vorbereitung auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt konzentrieren und sich weniger bis gar nicht erkennbar mit alternativen ökonomischen Konzepten, Transformationsstrategien zum Ausstieg aus dem Kapitalismus, befassen, also integrieren und nicht emanzipieren.

Schüler brauchen immer Geld und insofern sind auch sie gezwungen, ihre Arbeitskraft unter Wert zu verkaufen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass ihnen der prinzipielle Unterschied von Produktionsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften in seiner realen Bedeutung nicht bewusst gemacht wird. Produktionsgenossenschaft bedeutet Integration in den kapitalistischen Markt, Konsumgenossenschaft Aufbau eines profitfreien eigenen Marktes, der dem kapitalistischen Markt die Kundschaft entzieht.

1.5. Wohnungsgenossenschaften

Wohnen ist mit Abstand der größte Ausgabenposten der deutschen Privathaushalte und umfasst jährlich etwa 350 Milliarden Euro, die zum großen Teil in die Finanzmärkte fließen. Diese Wohnkosten könnten durch selbst genutztes Wohneigentum für alle um mehr als zwei Drittel reduziert werden. Die Finanzmärkte gingen in diesem Bereich dann leer aus.

Wo das Geld für individuelles Wohneigentum nicht reicht, können Wohnungsgenossenschaften gegründet werden.

Victor Aimé Huber (1800-1869) war der geistige Wegbereiter der Genossenschaftsbewegung in Deutschland und hat als erster ihre Bedeutung für die Arbeiter erkannt. 1848 erschien seine Schrift *„Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung“*. Er dehnte das genossenschaftliche Prinzip auf *„alle Zweige der Ökonomie einer Arbeiterfamilie, auf alle Bedürfnisse eines besseren Zustandes der Arbeiterklasse aus.“* 1848 war Huber Initiator und Mitbegründer der *„Berliner Gemeinnützigen Baugesellschaft“*, die das Projekt „Bremer Höhe in Berlin“ kreierte und finanzierte.

1888 gab es in Deutschland 28, 1900 385 Wohnungsgenossenschaften und aktuell verwalten etwa 2000 Wohnungsgenossenschaften 2,2 Millionen Wohnungen, in denen etwa 3,2 Millionen Mitglieder wohnen. In Berlin werden etwa 190.000 Wohnungen (über 11% des gesamten Wohnungsbestandes) von etwa 80 Wohnungsbaugenossenschaften verwaltet. Eine - trotz aller zweifelsohne existierender schlechter Beispiele - durchaus positive Entwicklung, da die konventionellen Mieten sich ja zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, obwohl die meisten Häuser und Wohnungen im Laufe der Jahrzehnte bereits mehrfach abbezahlt sind und nur noch Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Betriebskosten zu finanzieren wären.

Wohnungsgenossenschaften entsprechen ebenfalls dem Urtyp der Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften. Denn in den Wohnungsgenossenschaften sind die Nutzer Miteigentümer und damit ihr eigener Vermieter oder sogar ihr eigener Bauherr. Das Mitglied einer Wohnungsgenossenschaft, früher Genosse genannt, entrichtet als Miteigentümer keine Miete, sondern ein Nutzungsentgelt.

Klaus Novy unterteilt die Wohnungsbaugenossenschaften in die vier Typen:

- mittelständisch-besitzindividualistische Richtung,
- arbeitgebernahe oder Beamten-Baugenossenschaften,
- paternalistisch-sozialreformerische Richtung,
- oppositionell-reformerische Richtung.[9]

Paul Kampffmeyer, Mitglied des Vereins unabhängiger Sozialisten, bewundert 1900 die Atmosphäre im Berliner Spar- und Bauverein: *„Die Mieter wurden bald Genossen und näherten sich untereinander in einer Weise, wie man es in unserer individualistischen Zeit nicht mehr für möglich gehalten hätte. Und es war eine bunte Schar, die da zusammengewürfelt war. Politisch waren alle Parteien vertreten, so daß unser Haus einer Welt im kleinen glich, nur mit dem Unterschied, daß sich die einzelnen nicht so in den Haaren lagen wie in der großen Welt. Da waren Konservative, Liberale, Antisemiten, Sozialdemokraten und – o Schrecken – Anarchisten, und zwar Anarchisten der schlimmsten Observanz. Aber ruhig und friedlich lebten sie zusammen, und wer sie so des Sonntags im Sommer hat herumtoben sehen, der wurde nichts von Meinungsverschiedenheit gewahr. ... Unsere Genossenschaftshäuser, so schön und großartig sie sind, wären nicht viel mehr als gute Mietskasernen, wenn wir wie Fremdlinge nebeneinander wohnten, ohne gesellige Berührung, ohne gemütliche Beziehungen zueinander, ohne gemeinschaftliches Streben, mit einem Wort: ohne Gemeinschaftsgeist.“* (zit. n. [9])

Im Berlin der 1960er Jahre hieß es, man müsse seine Kinder bereits vor der Geburt in einer Wohnungsgenossenschaft anmelden, damit sie Zeit ihres Lebens dort noch einziehen können. Die Beliebtheit preisgünstigen genossenschaftlichen Wohnraums verkehrte sich in ihr Gegenteil. Die Nutzungsentgelte liegen, verglichen mit dem Berliner Mietenspiegel inzwischen oft über den Mieten der privaten und kommunalen Wohnungsgesellschaften.

Aber es ist kaum anzunehmen, dass die privaten Wohnungsanbieter ihre Preise so gesenkt haben, dass sie attraktiver als Genossenschaften sind. Das Gegenteil ist der Fall: die Wohnungsbaugenossenschaften haben versteckte Ausgaben.

Die verstärkte Kommerzialisierung der Genossenschaften beruht z.B. in Berlin auf der Tatsache, dass viele Wohnungsgenossenschaften Mitglied im Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) sind, dessen Ziel natürlich die Profitmaximierung ist. Hier werden Mustersatzungen ausgearbeitet, die dann für die Genossenschaftsvorstände willkommenen Anlass sind, ihre Satzungen entsprechend umzugestalten und selbst davon finanziell zu profitieren.

Dennoch ist die Bedeutung von Wohnungsgenossenschaften wegen der Privatisierungen städtischen Wohnraums aktuell wieder erheblich gestiegen.

Hervorzuheben ist deshalb beispielsweise die als „Flensburger Weg“ bezeichnete „Privatisierung“: 4800 Wohnungen der Stadt Flensburg, in denen gut 13.000 Menschen wohnen, wurden für rund 115 Millionen Euro an den Selbsthilfe-Bauverein eG (SBV) verkauft. Den Mietern entstanden aus dem Verkauf keine Nachteile oder Risiken, im Gegenteil: für alle Beteiligten ist die Privatisierung ein Gewinn, weil sie als Miteigentümer Wohneigentum erworben haben. Das Nutzungsentgelt enthält jetzt eine Tilgung, der Schuldendienst ist eines Tages beendet und es fallen dann nur noch die Instandhaltungs-, Renovierungs- und Betriebskosten an. Dieser Verkauf verlief deshalb völlig unspektakulär und zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

2004 wurden in Berlin dagegen 65.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft GSW für 2 Milliarden Euro an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft, die jetzt an die Börse gebracht werden sollen. Pro Wohneinheit sind das etwa 30.000 Euro. Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Hartz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (240 Euro Schuldendienst, 120 Euro Betriebskosten, Instandhaltung, Renovierung) diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. Das dürfte selbst für den Bund der Steuerzahler relevant sein. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für die Bürger und „ihre“ Stadt für immer verloren.

Der Verkauf der restlichen 277.000 Wohnungen des Berliner Senats sollte für 5 Milliarden Euro erfolgen, das sind pro Wohneinheit nur 18.000 Euro. Ein Darlehen für diese Wohnungen hätte ein Hartz IV-Empfänger schon nach 8 Jahren getilgt.

Aber von diesem Verkauf war plötzlich nicht mehr die Rede, im Gegenteil, der Senat soll jetzt sogar

wieder den Ankauf von Wohnungen planen. Was war geschehen? Der Autor hatte sein Konzept zum Berliner Wohnungsverkauf einem der ältesten Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses zur Verfügung gestellt. Dieser könnte möglicherweise den plötzlichen Sinneswandel des Berliner Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats herbeigeführt haben.

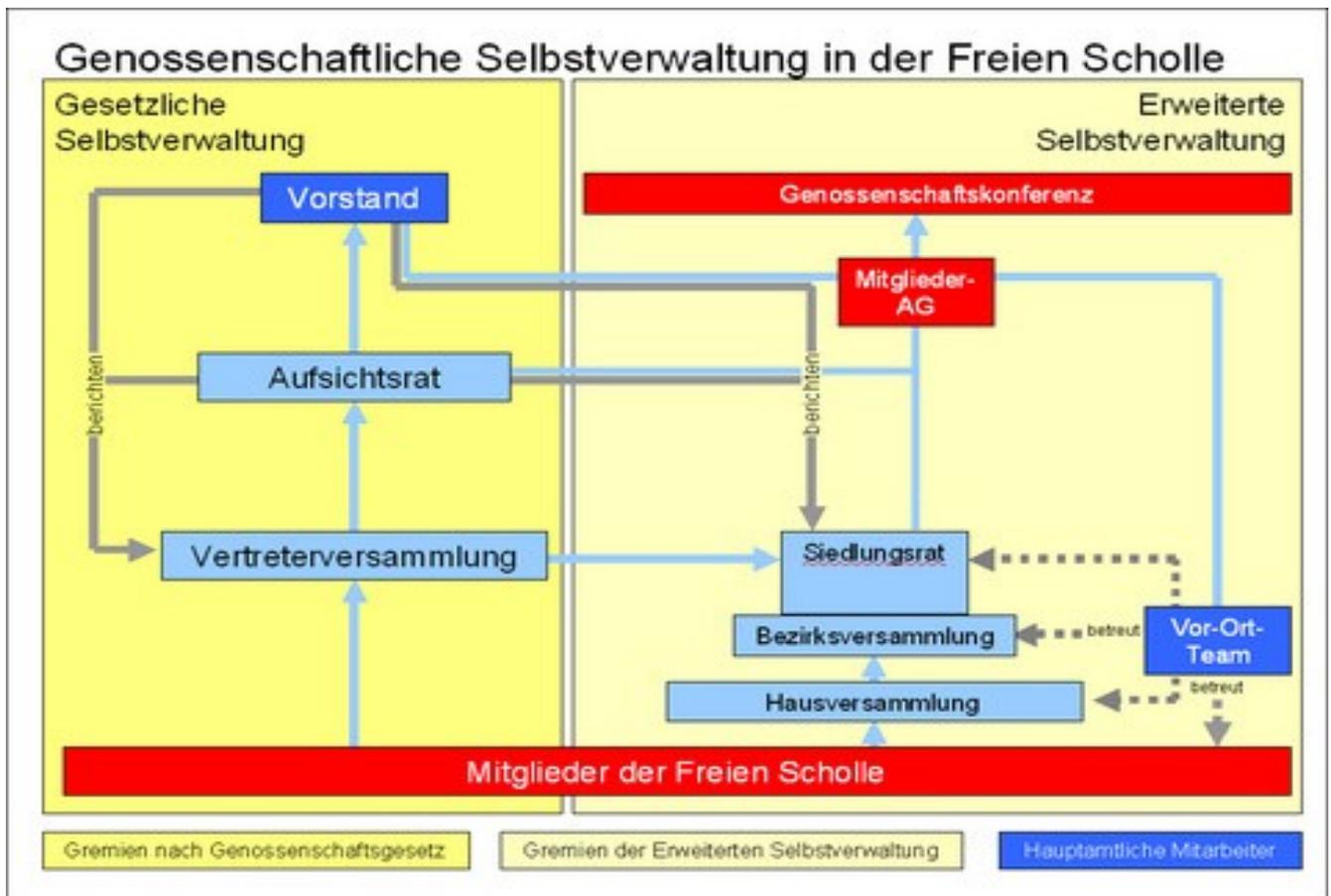
Die Kultur speziell der Berliner Wohnungsgenossenschaften ist so auf den Hund gekommen, dass sich Widerstand formuliert hat. In einer Initiative „**Genossenschaft von Unten**“, in der auch der Autor mitwirkt, haben sich Berliner Genossenschaftsmitglieder zusammengefunden, die den Grund für viele Misereen in ihren Genossenschaften herausfinden und beheben wollen. Hier werden Forderungen an die Genossenschaftsvorstände, die Genossenschaftsverbände und den Gesetzgeber ausgearbeitet, die in Veranstaltungen in Berliner Bezirken diskutiert und erfahrungsgemäß mit großer Mehrheit verabschiedet werden.

Gefordert wird u.a.:

- die Rückbesinnung auf die Gründungsidee der Wohnungsgenossenschaften, Ausschluss von Immobiliengeschäften,
- die Vorstände sollen sich als Angestellte der Genossenschaftsmitglieder begreifen,
- genossenschaftliche Demokratie,
- Mitwirkung der Mitglieder bei der Selbstverwaltung,
- Auskunftsrecht, Gastrecht auf den Vertreterversammlungen,
- der Aufsichtsrat soll den Vorstand im Interesse der Mitglieder überwachen,
- die Publikationen der Genossenschaften sollen auch Kritik veröffentlichen.

Die Vorstände der Genossenschaften, antworten mit massiven Repressionen gegen ihre Mitglieder, die in der Initiative mitarbeiten, die bis zur Drohung des Ausschlusses aus den Gremien und der Genossenschaft selbst gehen. So sah sich ein Aufsichtsratsmitglied der größten Berliner Wohnungsgenossenschaft wegen heftigsten Angriffen seitens des Vorstandes veranlasst, zurückzutreten. Im Geschäftsbericht 2009 steht jetzt: *„Der Aufsichtsrat selbst hatte sich dann auch intern mit den Auswirkungen der Tätigkeiten der Initiative „Genossenschaft von unten“ auseinanderzusetzen. Dies geschah auf mehreren Sitzungen des Aufsichtsrates, auf der ordentlichen Vertreterversammlung im Jahr 2009 und noch einmal auf der außerordentlichen Vertreterversammlung am 14. Oktober 2009. Wie schon anlässlich der ordentlichen Vertreterversammlungen durch Vorstand und Aufsichtsrat bekannt gemacht worden war, handelt es sich bei dieser Initiative um eine solche mit Feindbild. Sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat hielten eine Mitgliedschaft und ein aktives Unterstützen dieser Initiative durch ein Mitglied des Aufsichtsrates für genossenschaftsfeindlich, da damit die unbedingt zu wahrende Loyalität eines jeden Aufsichtsrates und die unbedingt zu wahrende Geheimhaltungspflicht über Geschäftsinteressen und Geschäftslagen durchbrochen war.“*[10] Diese Drohungen bestärken allerdings die Initiative, in ihrer Arbeit fortzufahren. Erfreut sind auch Mitglieder einer anderen Wohnungsbaugenossenschaft, die plötzlich nicht mehr als Mieter, sondern als Mitglieder angeschrieben werden.

Solche, in größeren und älteren Wohnungsgenossenschaften oft zu beobachtenden „Verkrustungen“ der Entscheidungsstruktur können eventuell durch zusätzliche über die gesetzlich vorgeschriebenen Gremien hinausgehende Instanzen relativiert werden. Beispielsweise hat die seit 1911 bestehende Wohnungsgenossenschaft Freie Scholle in Bielefeld mit 5000 Wohnungen die unten als Grafik dargestellte ergänzende Entscheidungsstruktur eingerichtet.



Das Vor-Ort-Team steht in jeder der elf Siedlungen der Freien Scholle den Mitgliedern zur Seite. Es besteht aus Mitgliederbetreuer, Wohn- und Altenberater und dem Siedlungswart als hauptamtlichem Mitarbeiter der Genossenschaft.

Alle Bewohner eines Hauses bilden gemeinsam die Hausversammlung. Sie tritt beispielsweise zusammen um den Hausreinigungsplan festzulegen, Meinungsverschiedenheiten zu regeln, Mitglieder zu beraten und wählt alle vier Jahre ihren Haussprecher der die Interessen des Hauses gegenüber der Verwaltung vertritt.

Die Haussprecher eines Siedlungsbezirkes bilden die Bezirksversammlung. Sie behandelt Angelegenheiten, die nur die Nachbarschaft, nicht aber das gesamte Siedlungsgebiet betreffen. Dies können beispielsweise Entscheidungen darüber sein, wo ein Spielplatz oder weitere PKW-Abstellplätze angelegt werden sollen.

Ein Siedlungsbezirk besteht aus zehn bis 15 Häusern. Die betreffenden Haussprecher wählen für vier Jahre ihren Bezirkssprecher und dessen Stellvertreter. Er steht in seinem Siedlungsbezirk als Ansprechpartner für die Bewohner zur Verfügung und vertritt deren Interessen im Siedlungsrat und gegenüber der Verwaltung.

Gemeinsam mit den gewählten Vertretern des Siedlungsgebietes bilden die von der Bezirksversammlung gewählten Bezirkssprecher und deren stimmberechtigte Stellvertreter den Siedlungsrat. Ebenso nimmt ein vom Siedlungsrat zu wählender Kinder- und Jugendbeauftragter als stimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen teil. Der Vorstand der Freien Scholle berichtet dem Siedlungsrat zu Beginn eines jeden Jahres über die Aktivitäten der Genossenschaft im Siedlungsgebiet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Instandhaltungs- und Modernisierungsplan.

Der Siedlungsrat wählt alle vier Jahre aus seiner Mitte einen Siedlungssprecher und dessen Stellvertreter. Er ist Ansprechpartner der im Siedlungsgebiet lebenden Mitglieder für die Belange der Siedlung. Als Bindeglied zwischen seiner Siedlung und der Verwaltung erhält er zeitnah alle Informationen über dort geplante Maßnahmen.

Alle stimmberechtigten Mitglieder der Siedlungsräte bilden die Genossenschaftskonferenz der Freien Scholle. Sie unterstützt die gesetzlichen Selbstverwaltungsorgane Vertreterkonferenz, Aufsichtsrat und Vorstand bei der Festlegung der Grundzüge der Geschäftspolitik der Genossenschaft. Die Genossenschaftskonferenz findet in der Regel einmal im Jahr statt und wird von der Mitglieder-Arbeitsgruppe inhaltlich vorbereitet.[11]

1.6. Wassergenossenschaften

Die älteste und größte Wassergenossenschaft in Deutschland ist die Emschergenossenschaft [12], die erste in den Neuen Bundesländern die Wassergenossenschaft Hartau und die erste in Deutschland, die gegen einen globalen Investor gegründet wurde, ist die Wasser-Genossenschaft Ellerhoop.

Die **Emschergenossenschaft** wurde am 14. Dezember 1899 als erster deutscher Wasserwirtschaftsverband in Bochum gegründet. Dieses Modell stand Pate für eine ganze Reihe weiterer Wasserverbände; darunter den am 18. Januar 1926 gegründeten Lippeverband. Emschergenossenschaft und Lippeverband haben von Anfang an eng kooperiert und arbeiten unter dem Dach einer einheitlichen Unternehmensstruktur zusammen.

Als selbstverwaltete Körperschaften des öffentlichen Rechts werden die beiden Verbände durch ihre Mitglieder - Städte, Wirtschaft und Bergbau - getragen und finanziert. Über die jährlichen Versammlungen und die Verbandsräte wirken die Mitglieder bei der Meinungsbildung und den Entscheidungen mit.

Zur **Wassergenossenschaft Hartau** schreibt Werner Rügemer sehr eindrucksvoll: [13] „Eine weitere privatrechtliche Form der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge ist die Genossenschaft. Sie würde es verdienen, ernsthafter in Erwägung gezogen zu werden als bisher. Die Rechtsform ist privat, aber nicht privatistisch und eben nicht profitorientiert. Da hat man es gleich mal nicht so leicht.“

Die Gemeinde Hartau mit 630 Einwohnern und 250 Haushalten regelt die Trinkwasserversorgung durch ihre Wassergenossenschaft. Nach der „Wende“ sanierten sie auf diesem Wege auch ihr Abwassernetz. Jedes Mitglied - 95 Prozent der Grundstückseigentümer sind Wasser-Genossen - zahlte einen Anteil von 4.800 Mark ein. Damit wurden die Ortskanalisation und zwei Bio-Kläranlagen gebaut und Pumpen bezahlt. Deshalb mussten die Hartauer keine Anschlussbeiträge entrichten. Die Genossenschaft schloss mit der Gemeinde Hartau, die Mitglied im „Abwasserzweckverband Untere Mandau“ ist, einen Abwasser-Entsorgungs-Vertrag über die Reinigung ihres restlichen Abwassers in der Kläranlage von Zittau. Dafür zahlt sie die satzungsgemäße Gebühr wie andere Mitgliedsgemeinden auch. Seit 1995 gab es für die Genossenschaftsmitglieder keine Preiserhöhung.

So weit, so gut. Doch zum 1. Januar 1999 wurde Hartau nach Zittau zwangseingemeindet. Damit gilt auch die Abwassersatzung der Stadt Zittau - das meinen jedenfalls eine ebenso seltsame wie knappe Mehrheit von CDU und PDS im Zittauer Rathaus. Sie argumentiert, es dürfe keine Ungleichbehandlung geben, es dürfe nur eine einzige Satzung gelten. Deshalb beschloss sie im August 2001, der Wassergenossenschaft Hartau die Abwasserentsorgung zu entziehen.

Sollte der Zittauer Plan realisiert werden, müssten die Hartauer Anschlussbeiträge bezahlen, obwohl sie ihre Anlagen, die ja tatsächlich ihre eigenen sind, schon bezahlt haben. Es drohen Anschlussbeiträge bis zu 6.000 Euro.

Warum das alles? Offensichtlich geht es der Ratsmehrheit um eine „Grundsatzfrage“, hinter der sich andere Interessen verbergen: Die erfolgreiche Wassergenossenschaft Hartau könnte ein alternatives Modell für weitere ländliche Gebiete darstellen. Großinvestoren hätten hier keine Chance.“

Die **Wassergenossenschaft Ellerhoop** berichtet über sich: „Ellerhoop sollte von einem überregionalen Wasserversorger mit Trinkwasser versorgt werden. Das würde für uns in eine Katastrophe ausarten, wobei wir doch selbst über erstklassiges Trinkwasser verfügen.“

Warum sollten wir Trinkwasser von einem überregionalen Wasserversorger zurück kaufen, welches er bei uns fördert? Er mixt sein Wasser minderer Qualität mit unserem, damit er unter die Grenzwerte kommt. Als Dank dafür hätten wir dann höhere Wasserpreise zu zahlen? Das mussten wir uns nicht antun.

In zwei anschließend herbeigeführten Bürgerentscheiden hat sich jeweils die Mehrzahl der (ca. 1.300) Einwohner gegen einen überregionalen Wasserversorger ausgesprochen. Sie alle wollten unsere eigene Trinkwasserversorgung erhalten.

Aus dieser Not heraus kam einem unserer Mitbürger der glorreiche Gedanke: Warum versorgen wir uns nicht selbst mit Trinkwasser? Wir gründen eine Wassergenossenschaft, damit könnte eine eigene Trinkwasserversorgung zu realisieren sein. ... Im Juni 2003 wurde die Wasser-Genossenschaft Ellerhoop eG gegründet.

Die Mühe hat sich gelohnt. Bei der letzten kreisweiten Trinkwasseranalyse im April 2005 lagen wir mit unserer Trinkwasserqualität mit in der Spitzengruppe der Trinkwasserversorger.“

Für den **Rückkauf der Berliner Wasserwerke** hat der Autor auf Bitten von Mitgliedern der „Initiative Berliner Bankenskandal“ ein Genossenschaftskonzept verfasst: Das Land Berlin hat 1999 die Wasserwerke zu 49,9% für 1,687 Milliarden Euro an RWE und Veolia verkauft. Etwa 70% des Wassers werden von den Privathaushalten verbraucht. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 3,4 Mio. bzw. 1,878 Mio. Haushalten und 70% des Rückkaufpreises von 1,687 Mrd. Euro würden auf jeden Haushalt etwa 630 Euro entfallen. Falls ein Darlehen aufgenommen werden müsste, würde bei einer Verzinsung von 5% pro Jahr jeder Haushalt monatlich über etwa 16 Jahre mit 5 Euro belastet werden. Das wären für die Haushalte im Mittel bereits jetzt schon geringere Kosten, als sie als Rendite für die kommerziellen Teileigentümer aufbringen müssen. Haushalte, die nicht Mitglied der Genossenschaft werden wollten, zahlten zwar auch 5 Euro monatlich, würden aber nicht Miteigentümer der Wasserbetriebe, könnten jedoch jederzeit nachträglich die Mitgliedschaft beantragen.

Der Berliner Wassertisch, den der Autor noch mitgegründet hat, bevorzugt allerdings die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, obwohl ein Aufsichtsratsmitglied der Belegschaft der Wasserbetriebe stöhnte: „*Bloß nicht zurück zu den Kommunalidioten.*“ Gegen eine genossenschaftliche Lösung hätte er nichts einzuwenden.

1.7. Energiegenossenschaften

Zweck des am 13.07.2005 in Kraft getretenen Energiewirtschaftsgesetzes „*ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas ... und die Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen.*“ [14]

Da wegen der Preispolitik der Großanbieter die Verbraucherpreise unaufhaltsam steigen, wurden von verärgerten Verbrauchern neben den 40 zum Teil bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts bestehenden Energiegenossenschaften in den letzten Jahren mehrere neue Energiegenossenschaften gegründet, die sich auf den Einkauf und/oder die Produktion von Energie nach ökologischen und sozialen Richtlinien konzentrieren. Hier einige Beispiele:

Greenpeace energy: Greenpeace rief 1998 die Initiative „Stromwechsel“ ins Leben. Dort konnten sich Verbraucher melden, die zu einem umweltfreundlichen Stromanbieter wechseln wollten. Während sich immer mehr Verbraucher bereit erklärten, den Stromanbieter zu wechseln, fand Greenpeace keinen Anbieter, der alle Kriterien erfüllte, welche die Umweltschutzorganisation aufstellte. Deshalb wurde 1999 die Greenpeace Energy eG gegründet, die einen Großteil des Stroms aus erneuerbaren Energien produziert. Die Bereiche Netzmanagement und Energieabrechnung werden nicht von Greenpeace Energy selbst, sondern von einem Partnerunternehmen, den Stadtwerken Schwäbisch Hall, als

Dienstleister übernommen.

Vorstand Robert Werner erläutert: „Dass Greenpeace energy als Genossenschaft gegründet wurde, hat auch mit der Struktur der Energiewirtschaft in Deutschland zu tun. Das erste Problem im Strommarkt ist die Monopolsituation der Netzbetreiber, die zugleich den Strom produzieren das zweite Problem ist, dass sich bei Aktiengesellschaften - und die meisten Stromkonzerne sind Aktiengesellschaften - die Interessen der Anleger und Kunden widersprechen. Der Anleger, der Aktionär, der Eigentümer, will eine möglichst hohe Rendite. Dafür muss er hohe Preise vom Kunden verlangen. Der Kunde möchte niedrige Preise zahlen und in der Regel sauberen Strom beziehen.“ [15]

Die **Energiegenossenschaft Nordwest eG** in Delmenhorst wurde 2005 gegründet. Ziel ist die Erdgasbelieferung der Mitglieder. Zur Zeit wird Heizöl gemeinsam bestellt.

Die **Gas- und Energiegenossenschaft Ost- und Mitteldeutschland eG, (GEG)** in Möhlau, Sachsen-Anhalt, wurde 2006 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Sie liefert ab 1.1.2008 Erdgas. Die GEG verhandelt zur Zeit mit dem Iran über Gaslieferungen, nachdem niemand in der Branche sie bisher als Verhandlungspartner ernst genommen hatte. Doch Geschäfte mit Teheran seien wegen des Atomstreits eine heikle Angelegenheit, besonders in der Energiebranche. Weltweit ziehen Unternehmen, die Energiegeschäfte mit dem Iran anvisieren, sich den Zorn der USA zu. Washington hat deutlich härtere Sanktionen gegen den Iran als der UNO-Weltsicherheitsrat verhängt und macht Druck auf die europäischen Regierungen und Konzerne, ihre Geschäfte mit dem Mullah-Regime weitgehend einzustellen.[16]

Die **Energiegenossenschaft Weser Elbe eG** in Bremerhaven wurde 2007 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Sie betreut die Bereiche Strom, Gas, Öl, Holz und Pellets. Es gibt auch eine Tankkarte, mit der vergünstigt getankt werden kann. Es wird mit einer Bankengruppe verhandelt, um den Mitgliedern Hypothekendarlehen für Neubau und Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser anbieten zu können. Für die Mitglieder werden zu Sonderkonditionen Wärmebildkamera-Aufnahmen von ihren Wohnungen und Häusern erstellt.

Die **Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr** in Oberhausen wurde 2007 gegründet. Sie will ihren Mitgliedern 2008 Gas oder Strom liefern.

Die **Energiehaus Dresden eG** wurde 2007 gegründet. Auch sie will ihren Mitgliedern Gas und Strom liefern.

Die Genossenschaft **Energie in Bürgerhand i.G. (EIB)** in Freiburg hat bundesweit Geld auf Treuhandkonten gesammelt, um sich am Kauf des fünftgrößten Energieunternehmens in Deutschland, der Thüga AG, zu beteiligen, von dem sich die E.ON-Ruhrgas kraft einer EU-Entscheidung trennen musste. Die Thüga ist mit 90 Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Unternehmen das größte Netzwerk kommunaler Energieversorger in Deutschland. Innerhalb von 4 Monaten wurden von 3.500 zukünftigen Mitgliedern 20 Millionen Euro auf diesem Treuhandkonto gesammelt.

Ziel der Genossenschaft war es, sich mit mindestens 100 Millionen Euro an der Thüga zu beteiligen, um sich dafür einsetzen zu können, dass auf Atomstrom verzichtet wird und die Energieeinsparung und -effizienz gefördert wird. Die entsprechenden Verhandlungen waren jedoch nicht erfolgreich.

1.8. Genossenschaftsbanken

Die Genossenschaftsbanken gehen auf Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen zurück. Diese gründeten unabhängig voneinander Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Kreditgenossenschaften.

Neben den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und den privaten Geschäftsbanken gibt es heute in Deutschland 1.232 Genossenschaftsbanken. Bezüglich der Girokonten haben sie einen Marktanteil von

circa 24 %, bezüglich der Bilanzsumme kommen sie auf circa 18 %. Sie haben circa 30 Millionen Kunden, 16,1 Millionen Mitglieder und über 13.600 Zweigstellen. Die Mitglieder der Genossenschaftsbanken machen über zwei Drittel der Genossenschaftsmitglieder in Deutschland aus und der Zustrom ist ungebrochen. So hat beispielsweise die Sparda-Bank eG bis zu 150.000 Neumitglieder pro Jahr.

Ein Dorn im Auge sind Genossenschaftsbanken z.B. Henrik Müller, Redakteur beim "manager magazin" und Autor des Buches „*Wirtschaftsirrtümer - Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik*“ wegen der Probleme der privaten Banken in Deutschland, die unter den über Jahrzehnte extrem niedrigen Zinsen leiden würden. Eine wesentliche Ursache dafür sei, dass das Kreditgeschäft in Deutschland von Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit einem Marktanteil von 75% dominiert werde. *"Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen werden durch den Staat in die Lage versetzt, sich extrem günstig zu refinanzieren - im Zweifel stehen die Steuerzahler für Ausfälle gerade. Die Genossenschaftsbanken verfolgen keinen Gewinnzweck - entsprechend eng können sie ihre Margen kalkulieren."* [17]. Offensichtlich ist es in unserem Wirtschaftssystem ehrenrührig, keinen Profit zu machen. Sie haben also damit aber nicht nur eine individuelle, sondern auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung.

Im Idealfall werden in Genossenschaftsbanken die Schuldner zum eigenen Gläubiger. Auch sie können deshalb zu den Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften gezählt werden, obwohl sie sich teilweise sehr weitgehend von den ursprünglichen Genossenschaftsprinzipien entfernt und den Praktiken der konventionellen Banken in vielen Bereichen genähert haben.

Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) ist der Spitzenverband der deutschen Genossenschaftsbanken (Volksbanken, Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute), genossenschaftlicher Zentralbanken, der Unternehmen des Finanz-Verbundes und der Prüfungsverbände der Gruppe.

Beim BVR angesiedelt ist auch die Sicherungseinrichtung der Volksbanken und Raiffeisenbanken und der Sparda-Banken. Der BVR ist Mitglied der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken.

Volks- und Raiffeisenbanken

Während Volksbanken vorwiegend in städtischen Bereichen entstanden, wurden in ländlichen Gebieten Raiffeisenbanken gegründet. Raiffeisenbanken besitzen teilweise neben dem klassischen Bankgeschäft noch einen warenwirtschaftlichen Betrieb. Ende 2004 existierten 540 Volksbanken, 477 Raiffeisenbanken und 166 Volks- und Raiffeisenbanken (VR-Banken) in Deutschland.

Sparda-Bank

Die erste Sparda-Bank wurde 1896 von Eisenbahnern für Eisenbahner als „Eisenbahn-Spar- und Darlehnskasse“ gegründet. Seit den 1970er Jahren können auch Nicht-Eisenbahner Mitglied werden. Die Kunden erwerben einen Genossenschaftsanteil und sind dadurch Mitglied der Bank. Auf den Genossenschaftsanteil wird eine jährliche Dividende ausgezahlt. Das Girokonto der Sparda-Banken ist für Mitglieder als Lohn-, Gehalts- oder Rentenkonto gebührenfrei. Prüfungsverband für die Sparda-Banken ist der Sparda-Banken e.V. Sie sind Mitglied im CashPool, in dem auch die Citibank und die SEB-Bank Mitglied sind.

Die Bilanzsumme aller Sparda-Banken belief sich Ende 2007 auf 52,6 Milliarden Euro, die Mitgliederzahl betrug knapp 3 Millionen.

GLS-Bank

Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken eG wurde 1974 von Anthroposophen gegründet und ist die erste Bank in Deutschland, die nach ethisch-ökologischen Grundsätzen arbeitet. Ihre Zentrale befindet sich in Bochum, weitere Niederlassungen gibt es in München, Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart, Freiburg und Berlin.

Mit Übernahme der Ökobank Anfang 2003 begann die Erfolgsgeschichte. Heute unterstützt sie mehr als 6.000 kulturelle, soziale und ökologische Projekte. Im Firmenportrait heißt es: *„Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen kulturelle, soziale und ökologische Initiativen von Menschen, nicht eine abstrakte Kapitalverzinsung oder maximale Gewinnerzielung.“* Das Geld fließt nicht in umweltschädliche oder sozial unverträgliche Vorhaben wie die der Rüstungsindustrie, Kernenergie und nicht in Unternehmen mit diskriminierenden Arbeitsverhältnissen, sondern bevorzugt in nachhaltige und soziale Projekte.

2. Italien

In Italien wurde mit „Il Magazzino di Previdenza di Torino“ 1854 die erste Konsumgenossenschaft und 1856 mit „Artistica Vetraria“ die erste Produktivgenossenschaft gegründet.

1886 haben hundert Delgierte von 248 Genossenschaften und 70.000 individuellen Mitgliedern den „Nationalen Bund der Kooperativen“, die spätere LegaCoop gegründet. Sie vertritt das linke Spektrum der Genossenschaften.

1919 verließ ein Teil der Mitglieder christlich-katholischen Glaubens die LegaCoop und gründete die ConfCoop.

1952 wurde vom laizistischen Lager die „Associazione Generale Cooperative Italia“ (AGCI) und 1971 von einer Abspaltung der ConfCoop die „Unione Nazionale Cooperative Italiane“ (UNCI) gegründet.

Da es in Italien keine amtliche Zählung der Genossenschaften und ihrer Mitglieder gibt, und nur 56% der Genossenschaften Mitglied in den vier Verbänden sind, ist man bezüglich einer Gesamtzahl der Genossenschaften und ihrer Mitglieder auf Schätzungen angewiesen.

Insgesamt existieren in Italien 111.800 Genossenschaften mit etwa 11 Millionen Mitgliedern, von denen etwa 1 Million Beschäftigte (mit einem Frauenanteil von 45%) sein sollen.[18] Von den 56% den 4 Dachverbänden angehörenden Genossenschaften sind 45% in der LegaCoop, 28% in der ConfCoop, 14% in der UNCI und 13% in der AGCI organisiert.

Die meisten Genossenschaften sind im Bereich Bau- (20%) und Gesundheitswesen (15,1%) angesiedelt.

Der LegaCoop gehörten 2007 mehr als 15.000 Cooperativen mit 7.983.306 Mitgliedern und 442.035 Beschäftigten (=5,5%) an. Größte Genossenschaft der LegaCoop ist die Konsumgenossenschaft COOP-Italia mit etwa 6.954.807 Mitgliedern und 54.923 Beschäftigten.

Seit dem 2. Weltkrieg steht in Artikel 45 der italienischen Verfassung: *„Die Republik anerkennt die gesellschaftliche Funktion der Genossenschaft mit Selbsthilfecharakter und ohne die Zielsetzung des privaten Gewinnstrebens. Das Gesetz fördert sie und begünstigt ihr Wachstum mit den dafür geeigneten Mitteln und garantiert ihren Charakter und ihre Zielsetzung durch entsprechende Kontrollen.“*[19]

1985 legte deshalb der Industrieminister Giovanni Marcora ein Gesetz vor, das auf Druck der Genossenschafts- und Gewerkschaftsverbände verabschiedet wurde. Das sogenannte Marcora-Gesetz sollte Arbeiter unterstützen, die ihre, von den Eigentümern aufgegebenen Betriebe in genossenschaftlicher Form übernehmen wollten. Sie konnten sich an die Compagnia Finanziaria Industriale (CFI) wenden, eine staatlich subventionierte Risikokapitalgesellschaft.[20]

Die CFI stellte, falls eine Genossenschaft gegründet werden sollte, nach Prüfung der Qualifikation der Beschäftigten und der Marktchancen des Unternehmens ursprünglich Gelder in dreifacher Höhe des Einlagekapitals ihrer Mitglieder zur Verfügung. Wegen der dadurch in den Augen der EU gegebenen Wettbewerbsverzerrung und weil es *„weder den Richtlinien zur Arbeitsmarktförderung noch den Beihilfen zur Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“* entsprach, wurde das Marcora-

Gesetz 1997 auf 5 Jahre suspendiert. Von den 111.800 italienischen Genossenschaften wurden bis zu diesem Zeitpunkt 160 Genossenschaften mit etwa 6000 Arbeitsplätzen von der CFI unterstützt.

Seit 2003 darf auf Grund der Novellierung des Marcora-Gesetzes der finanzielle Anteil des CFI den Anteil der Mitglieder nicht übersteigen.[20]

Über interessante aktuelle Entwicklungen in Italiens Konsumentenbereich berichtet Giuliana Giorgi [21]: Die **Gruppi di Acquisto Solidali (GAS)**, der kritische Konsum, entstand in den 1980er Jahren als Reaktion auf das aggressive Geschäftsgebaren von multinationalen Konzernen wie Nestlé und Del Monte. Damals wurden Boykottkampagnen gegen die Zerstörung der vielfältigen, kleinräumigen und auf Qualität bedachten Landwirtschaft und den diffusen kleinräumigen Anbau von Gemüse und Obst durch die Lebensmittelkonzerne durchgeführt. Es entstand die Idee eines kritischen Konsums als politisches Handeln der kleinen Gesten im Alltag.

1994 gründete sich in der kleinen Stadt Fidenza (Emilia-Romagna) die erste Gruppe des solidarischen Einkaufs (GAS) und in kurzer Zeit multiplizierten sich die Gruppen in fast allen italienischen Provinzen, als Widerstand gegen die Übermacht der Konzerne und ihrer Vertriebsmaschinerie.

Die GAS besteht aus kleinen Gruppen von maximal 50 Haushalten, die Landwirtschaftsprodukte gemeinsam einkaufen, die gesund und schmackhaft sind, und bei deren Herstellung die Umwelt geschont, die Biodiversität und die Rechte der Kleinbauern vor Ort gewahrt werden. In vielen Fällen hat GAS die Existenz von Biobauern, Molkereien, Käsereien und sogar von kleinen Textilienfabriken in ihrer Region gerettet.

Eine dieser Gruppen ist auch das Centro Nuovo Modello di Sviluppo (Zentrum Neues Entwicklungsmodell: <http://www.cnms.it/>). Drei Familien, die zusammen in ein Bauernhaus bei Pisa gezogen waren, haben sich diesen bombastischen Namen gegeben. 1996 haben sie das „Handbuch des kritischen Konsums“ veröffentlicht. Darin wird das Verhalten der multinationalen Konzerne geschildert. Dieses Wissen verstärkt beim Leser das Unbehagen gegenüber dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell und veranlasst ihn, nach Alternativen zu suchen.

Seit 1997 gibt es ein nationales Netzwerk der Einkaufsgruppen (<http://www.retegas.org/>) und regionale Zusammenschlüsse, wo Informationen über Produkte und Erzeuger ausgetauscht werden und Interessenten sofort Anschluss oder Starthilfe für eine neue Gruppe finden können.

Auf der Homepage des „Gasmilano“ für die Stadt und die Provinz Mailand kann man GAS in der eigenen Umgebung suchen, um sich ihr anzuschließen oder sich zu informieren.

Im Finanzgesetz hat das italienische Parlament 2008 die GAS anerkannt als *„Vereinigungen ohne Profitstreben, die gegründet werden zwecks Einkaufs und Verteilung von Gütern, um ethische Ziele, soziale Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit zu verfolgen.“* (<http://www.inventati.org/gasmilano>)

3. Schweiz

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in vielen Schweizer Städten Konsumvereine. Am 11. Januar 1890 wurde in Olten von 5 Genossenschaften der Verband schweizerischer Konsumgenossenschaften (VSK) gegründet. Mit der steigenden Zahl an Genossenschaften, 407 bis 1915, baute der VSK seine Tätigkeiten und seine Infrastruktur aus. 1902 erschien erstmals das „Genossenschaftliche Volksblatt“ als Vorläufer der heutigen Coopzeitung.

Stefan Howald schrieb 2009 in der WOZ: *„In der Schweiz gibt es gegenwärtig rund 13.000 Genossenschaften, das entspricht drei Prozent der eingetragenen Firmen. Davon sind 5.300 landwirtschaftliche und 1.700 Wohnbaugenossenschaften. Dem industriellen Sektor lassen sich 430 Genossenschaften zuordnen, dem Dienstleistungssektor 1.900, inklusive 600 Raiffeisenbanken. Von der Wirtschaftskraft her sind vor allem Coop und Migros bedeutsam, und sie weisen mit 2,5*

beziehungsweise 2 Millionen auch die größten Mitgliederzahlen auf. Die Wohnbaugenossenschaften verwalten gut fünf Prozent des Wohnungsbestandes in der Schweiz, in den Städten Biel und Zürich über achtzehn Prozent. ...

Die genossenschaftliche Selbsthilfe blieb pragmatisch: verbilligte Konsumgüter, Versicherungen gegen Krankheit und Tod, später Hilfe beim Wohnungsbau.“ [22]

3.1. Die Migros-Genossenschaften [23]

Am 15.8.1925 gründete Gottlieb Duttweiler die Migros AG. Mit einem Startkapital von 100.000 Franken kaufte er fünf Ford-T-Lastwagen und bestückte diese mit sechs Basisartikeln (Kaffee, Reis, Zucker, Teigwaren, Kokosfett und Seife), die er zum Teil bis zu 40 % günstiger als die Konkurrenz anbot. Heute ist die Migros der größte Detailhändler der Schweiz und zählt zu den 500 größten Firmen der Welt.

Bereits Ende 1925 wiesen die Bücher den respektablen Umsatz von 778.500 Franken aus, der von nur 25 Mitarbeitern erwirtschaftet wurde. Das Angebot betrug nun bereits 15 Produkte. Das ursprüngliche Konzept des beschränkten Sortiments war bereits überholt, das Konzept der Tiefpreise wurde beibehalten, der Grundstein für weitere Expansionen war gelegt.

- 1926 wurde der erste Laden in Zürich eröffnet.
- 1933 wurde die erste Migros-Genossenschaft im Tessin gegründet.
- 1941 schenkte Duttweiler seine Aktiengesellschaft seinen Kunden, die Aktiengesellschaft wurde in regionale Genossenschaften umgewandelt, die heute durch den Migros-Genossenschaftsbund (MGB) koordiniert werden.
- 1950 formulierte Duttweiler seine 15 Thesen zur Weiterführung der Genossenschaften.
- 1998 wurde das Online-Shopping eingeführt.
- Im Laufe der Jahre werden Reiseunternehmen (1935), ein Giro-Dienst (1937), Klubschulen (1944), der erste Schweizer Selbstbedienungsladen (1948), ein Buchclub (1950), die Gelben Taxis (1951), eine Benzin- und Heizölgesellschaft (1954), die Migros-Bank (1957), eine Versicherungsgesellschaft (1958), das erste Schweizer Freizeit-Center etc. gegründet.
- Filialen in Frankreich (1993), Österreich (1993) und Deutschland (1995) kamen hinzu.

Gottlieb Duttweilers Maxime wurde von ihm 1942 so formuliert: *„Das Kapital unserer Genossenschaften, der Franken- und das geistige Kapital, soll in sozialer Richtung wirken. Es soll stets für die Schwachen - und das ist die grosse Mehrheit - gegen die Starken, die ihre Macht missbrauchen, entstehen: gegen Truste, gegen gewalttätige Verbände, gegen alle Gewaltanwendung von Kapital und Koalition.“*

In seinen Thesen zieht er mit seiner Frau 1950 das Fazit: *„Alle Anstrengungen müssen dahin gehen, das innerste Wesen unserer Bewegung zu vervollkommen und zu erhalten, den „gewöhnlichen Mann“, vor allem die Frau, von unserem Gedankengut zu überzeugen. Der Glaube des Volkes an uns ist der sicherste Weg, um unsere eigenen Mitarbeiter - auch die höchsten - von Wert und Kraft unseres Werkes zu überzeugen. Der ursprüngliche Gedanke war richtig und groß - nicht die Angestellten und Arbeiter als Erben der ehemaligen AG einzusetzen, sondern einen breiten Teil des Volkes selbst.“ [24]*

Duttweiler hat also bewusst seine Aktiengesellschaft nicht in eine Genossenschaft der „Dienstleister/Produzenten“ (Produktionsgenossenschaft) sondern in eine Genossenschaft der Konsumenten (Konsumgenossenschaft) umgewandelt. Der Erfolg gab ihm Recht:

Von den 2,8 Millionen Schweizer Haushalten sind über 2 Millionen Mitglied der Konsumgenossenschaft Migros. 2007 erzielte Migros einen Umsatz von mehr als 22 Milliarden Franken. Mit über 82.000 Mitarbeitern (davon rund 60 % Mitarbeiterinnen) ist Migros größter nichtstaatlicher Arbeitgeber der Schweiz.

Migros besteht aus einem Verbund von 10 Genossenschaften, die über die Schweizer Kantone verteilt sind. Sie betreiben 589 Verkaufs-Standorte.

Durch die politisch motivierte Lieferverweigerung diverser Hersteller in den Anfangsjahren der Migros, war das Unternehmen gezwungen, ein eigenes Herstellernetz aufzubauen. Weitere Fabriken wurden von der Migros gekauft. Dadurch konnte die Migros günstig eine eigene Produktpalette herstellen. Erst in jüngerer Zeit sind Markenprodukte anderer Hersteller in größerer Auswahl erhältlich. Produkte der Migros-Industrie werden, oft unter anderen Markennamen, auch ins Ausland exportiert.

Damit Migros-Kunden nicht nur gute und preiswerte Produkte, sondern auch mit gutem Gewissen einkaufen können, legt Migros großen Wert auf Sozial- und Umweltstandards und hält folgende internationale Sozialstandards auch bezüglich seiner Zulieferbetriebe ein:

- Jede Form von Zwangsarbeit ist verboten, ebenso Gefangenearbeit, welche die grundlegenden Menschenrechte verletzt.
- Missbräuchliche Kinderarbeit darf nicht sein. Jede Form der Ausbeutung von Kindern ist verboten.
- Faire verbindliche Arbeitsverträge sind vorgeschrieben.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts oder des Alters, der ethnischen Abstammung, Nationalität, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, politischen Meinung, religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden. Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.

Die Personalkosten bei der Migros betragen 22%, bei Coop 17% des Umsatzes. Bei Aldi sind es Schätzungen zufolge 3%. [25]

Besonderen Wert legt Migros auch auf das Einhalten von ökologischen Standards. Mit 99 Artikel (vom Vollkornzwieback BIO bis zum Bio Zucker aus Zuckerrohr von Max Havelaar) und 1,8 Milliarden Franken Umsatz ist Migros in der Schweiz Marktführerin im ökologischen Bereich.

Auch Energiesparmaßnahmen werden systematisch durchgeführt: so wurde bei einer Erweiterung der Verkaufsfäche um ein Drittel der Energiebedarf um ein Drittel gesenkt. Ebenso werden keine gentechnisch veränderten sowie per Luftfracht transportierte Produkte angeboten. Die Produkte werden zudem Schritt für Schritt mit dem CO₂-Label, der Kennzeichnung des bei der Produktion freigesetzten CO₂, versehen.

Zudem sucht man Alkohol und Tabak bei Migros vergebens.

Seit 1957 unterhält und unterstützt Migros über das Kulturprozent (ein Prozent des Umsatzes!) eine Vielzahl von Institutionen und Projekten in den Bereichen Kultur, Gesellschaft, Bildung, Freizeit und Wirtschaft.

1996 führte Migros die Billiglinie M-Budget ein. 2006 wurde das Sortiment auf 500 M-Budget-Produkte erweitert. Bei der Verpackung wird auf kreative Extravaganzen verzichtet und eine rein grafische Lösung mit ein paar einfachen Farben sowie dem Migros-Logo gewählt.

Walmart hat es nicht geschafft, neben Migros auf dem Schweizer Markt Fuß zu fassen, jetzt wird von Aldi und Lidl ein neuer Versuch unternommen.

Einige Kritiker, wie beispielsweise der Verein Sorgim, beanstanden, dass Migros den Idealen ihres Gründers nicht mehr entspricht. Bemängelt wird, dass die Genossenschaft nicht demokratisch geführt wird, wie es einst von Duttweiler gewünscht wurde und stattdessen ausschließlich die Geschäftsleitung über alle wichtigen Geschäftsstrategien entscheidet.

3.2. COOP

Im Rahmen des Projektes CoopForte schlossen sich 2001 14 regionale Genossenschaften der Schweiz und die Coop Schweiz zu dem Unternehmen Coop zusammen, das in fünf Verkaufsregionen aufgeteilt wurde. Sie besitzen eine eigene Verkaufslogistik und Immobilienstruktur.

Coop ist als Genossenschaft mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern organisiert und ist die zweitgrößte Detailhandelsgruppe der Schweiz. Coop zählt zu den 30 größten Lebensmittelunternehmen Europas. Kundennah in fünf Verkaufsregionen organisiert unterhält Coop rund 1.600 Verkaufsstellen und beschäftigt über 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Bereich der Öko- und Fairtrade-Produkte ist die Coop ebenfalls führend.

Die Coop hat den Anspruch, der beste und kundennächste Großverteiler der Schweiz zu sein. Sie hat ihren Bio-Umsatz zwischen 1997 und 2000 auf 360 Mio. Sfr mehr als verdoppelt - das entspricht 5 Prozent des Gesamtumsatzes.[26]

Als Kundenbindungsprogramm dient die sogenannte *Supercard*, mit der Kunden für den Einkauf Punkte auf ein Punktekonto gutgeschrieben werden, die dann gegen Prämien eingetauscht werden können. Seit 2006 gibt es die *Supercard Plus*, die auch als Mastercard-Kreditkarte einsetzbar ist.

Die Coop betreibt Supermärkte, Warenhäuser („Coop City“), Restaurants, Heimwerkerbedarfsgeschäfte („Coop Bau+Hobby“), Apotheken („Coop Vitality“), die Coop Mineraloel AG mit Tankstellen- und Convenience-Shops („Coop Pronto“), den Online-Shop „coop@home“ die Unterhaltungselektronik-Ketten „Interdiscount“ und „Dipl. Ing. Fust“ (inkl. Discounthaus Eschenmoser AG) sowie den Online-Shop microspot.ch, das Möbelhaus „Toptip“, den Beleuchtungs-Fachmarkt „Lumimart“, die „Import Parfumerie“, die „CHRIST“-Schmuckgeschäfte sowie die Prodega/Growa CC-Märkte.

Die Coop verfügt zudem über zahlreiche Produktionsbetriebe, die auch Produkte für Dritte produzieren, wie z.B. den Basler Fleischverarbeitungsbetrieb Bell AG, Swissmill, Zürich (Mehle, Mehlmischungen, Griess, Mais, Haferflocken, Extruderprodukte, Hartweizengriess), Chocolats Halba, Wallisellen (Tafelschokolade, Pralinen, Festtagssortimente, Industrieschokolade), Nutrex, Busswil BE (Essig und Essigspezialitäten für Detailhandel und Industrie), CWK, Winterthur (Kosmetika, Haushaltpflegeprodukte, Industriereiniger), Pasta Gala, Morges (Teigwaren, Halbfabrikate für Fertigmüs und Suppen), Steinfels Cleaning Systems SCS, Winterthur (Artikel für Waschen, Reinigen und Hygiene für Grossverbraucher und Industrie), Reismühle Brunnen (verschiedene Reismischungen, Fertigmüs), Sunray, Pratteln (Konfektion von Zucker, Speiseölen, Gewürzen, Trockenfrüchten, Nüssen, Hülsenfrüchten).

3.3. Vertragslandwirtschaft [27]

1978 war die Genossenschaft «Les Jardins de Cocagne», die Schlaraffengärten, im Genfer Dorf Sézegnin das erste Projekt einer Vertragslandwirtschaft in der Schweiz.

Die Vertragslandwirtschaft hat in der Westschweiz eine lange Tradition. Die Idee ist bestechend einfach: Produzent und Kunde schliessen einen Vertrag ab, der festlegt, zu welchem Preis und in

welcher Regelmässigkeit dem Kunden Lebensmittel nach Hause geliefert werden. Diese besondere Form der Direktvermarktung gewährleistet sowohl den Biobauern als auch den Kunden einen fairen, im Voraus fixierten Preis für saisonale, regionale und gentechnikfreie Produkte.

In der Fédération Romande de l'Agriculture Contractuelle de Proximité (FRACP) haben sich 19 Initiativen aus allen Westschweizer Kantonen zusammengeschlossen, vom kleinen Familienhof bis zur grossen Kooperative - sie alle arbeiten vertraglich mit ihren Kunden zusammen. Darunter sind viele Familien. Die FRACP schätzt, dass in der Westschweiz etwa 7.500 Personen oder 0,5% der Bevölkerung einen Grossteil ihrer Lebensmittel über die Vertragslandwirtschaft beziehen.

Die bestehenden Angebote sind sehr vielfältig geworden. Sie beinhalten unverarbeitete und verarbeitete Frisch- oder Lagerprodukte (Gemüse, Getreide, Früchte, Käse, Fleisch etc.), die entweder wöchentlich, monatlich oder jährlich in Form von Körben geliefert werden.

4. Spanien

4.1. Mondragón

Wegen Erosmer und Eroski, zweier Konsum- bzw. Vertriebsgenossenschaften, kann Mondragón mit Vorbehalt unter den Reproduktionsgenossenschaften aufgeführt werden.

Insgesamt gehören zu Mondragón 256 Unternehmen und Einrichtungen, von denen rund die Hälfte keine Genossenschaften sind.

Produkte	Unternehmen
Dünger und Saatgut	<u>Miba</u>
Einzelhandel in auf Lebensmittel spezialisierten Einrichtungen.	<u>Erosmer Iberica S.A.</u>
Einzelhandel: Sportausrüstungen	<u>Forum Sport S.A.</u>
Einzelhandelsvertrieb für Parfümerieartikel.	<u>Dapargel</u>
Einzelverkauf: Obst, Fleisch, Wurstwaren, Milchprodukte, Backwaren, Fisch, Getränke, Drogerieartikel, Textilwaren, Schuhwaren, Geschirrwaren, Auto, Heimwerksartikel, Freizeitartikel, Haushaltsgeräte, Bild und Ton, Schmuckwaren	<u>Eroski</u>
Eisenwaren und Kleinlandmaschinen	<u>Miba</u>

Zum Ende des Geschäftsjahres 2008 waren bei Mondragón durchschnittlich 92.773 Personen beschäftigt, von denen 39,7 Prozent ihrer Arbeit in der Autonomen Baskischen Gemeinschaft nachgingen, 44,2 Prozent in anderen Gebieten des spanischen Staates und 16,1 Prozent im internationalen Bereich.

Wegen des schnellen Wachstums im Laufe der letzten Jahre, in denen die Belegschaft von 25.322 im Jahr 1992 auf 92.773 im Jahr 2008 angewachsen ist, sind aktuell nur knapp ein Drittel der Beschäftigten auch Genossenschaftsmitglieder (etwa 30.000, mehrheitlich nicht im produktiven sondern im Konsum-Bereich). Der Geschäftsanteil beträgt bei Mondragón etwa 11.000 Euro, der allerdings in Raten entrichtet werden kann.

Die Beschäftigten, die keine Mitglieder der Genossenschaft sind, verrichten ihre Tätigkeit zumeist im Bereich Handel, außerhalb der Autonomen Baskischen Gemeinschaft und in Industrieanlagen, die ebenfalls außerhalb des Baskenlandes liegen, entweder im Rest des spanischen Staates oder im Ausland. Über 60% der Arbeitnehmer von Mondragón sind somit nicht im Baskenland ansässig.

Mondragón hat neben den Bereichen Produktion und Dienstleistungen einen Investmentbereich, über den es den größten Umsatz macht. Allerdings führten Ende 2008 die Verluste auf den Finanzmärkten von 162 Millionen Euro über Anlagen bei Lehmann Brothers zu einem Gewinneinbruch von 45,6 %. Es stellt sich hier die Frage, ob eventuell die Mondragón-Arbeitsplätze nur über Zulieferbetriebe in Billiglohnländern (Marokko, China, Indien, Mexiko etc.) und Investmentgeschäfte aufrechterhalten werden können. Es fragt sich auch hier, ob jedes Projekt, das sich Genossenschaft nennt, die Prinzipien der wirtschaftlichen Selbsthilfe bzw. der Solidarischen Ökonomie erfüllt.

Eroski: Die Konsumgenossenschaft Eroski ist eine Sonderform einer Mondragón-Kooperative. Das einzigartige Merkmal von Eroski liegt darin, dass Konsumenten und Produzenten organisatorisch miteinander verbunden sind. Sowohl die Mitarbeiter von Eroski als auch viele Konsumenten sind Mitglieder von Eroski und durch Vertreter im Aufsichtsrat repräsentiert - jeweils 6 Aufsichtsräte werden von den Angestellten und 6 den Konsumenten bestimmt, wobei jedoch der Vorsitzende ein Konsument sein muss. Auch in der Generalversammlung sind Vertreter der Konsumenten zu 50 % repräsentiert. Die Verteilung des Gewinns erfolgt analog zu den Produktionsgenossenschaften, jedoch wird zusätzlich ein Teil des Gewinns in Form von niedrigeren Preisen an die Konsumenten weitergegeben. Eine weitere Besonderheit bei Eroski ist der große Anteil von weiblichen Arbeitskräften in der Belegschaft.

Durch den Kauf von börsennotierten Unternehmen hatte die Mondragón-Gruppe eigentlich schon indirekt den Börseneintritt vollzogen. Abgesehen von solchen schon vorher bestehenden Beteiligungen an Aktiengesellschaften hat im Juni 2002 mit der Eroski-Gruppe auch eine Genossenschaft die Börse als Finanzierungsquelle erschlossen: Im Rahmen einer Sonderbestimmung des baskischen Genossenschaftsgesetzes konnte Eroski durch die Emission so genannter „nachrangiger Finanzanlagen“ auf den Kapitalmarkt gehen, ohne dass die Inhaber solcher Beteiligungen Mitbestimmungsrechte erhalten. Bis jetzt wurden Wertpapiere im Wert von 160 Millionen Euro ausgegeben. [28]

Der Anteil der Teilhaber von Mondragón soll sich in den folgenden drei Jahren deutlich erhöhen, weil Eroski den Prozess abschließen will, alle Beschäftigten (2005: 31.000) zu Belegschaftsteilhabern (2005 etwa 13.000) zu machen.

5. USA [29][30]

Die USA sind mit 47.000 Genossenschaften und rund 100 Millionen Mitgliedern eines der genossenschaftsreichsten Länder der Welt. Genossenschaftsbanken (credit unions), Lebensmittelgeschäfte (food coops), Wohnungsbaugenossenschaften (housing cooperatives) und die über 4.000 landwirtschaftlichen Genossenschaften (agricultural cooperatives) zählen zu den mitgliederstärksten Bereichen. Es gibt aber auch Kindergärten, kleine Elektrizitätsunternehmen und Telefongesellschaften in genossenschaftlichem Besitz, um nur einige weitere Zweige zu nennen. Als Angehöriger einer bestimmten Berufsgruppe bzw. Organisation oder als Student wird empfohlen, ein Konto in Credit Unions zu eröffnen. Sie sind nicht profitorientiert und müssen keine Steuern zahlen, was sich für ihre Kunden auszahlt: Sie bieten die gleichen Leistungen wie Banken, verlangen aber geringere Gebühren, zahlen in der Regel höhere Zinsen für Guthaben und erheben niedrigere Zinsen für Kredite.

Die meisten Housing Cooperatives bestehen aus Reihenhäusern oder Wohnungen. Um Wohnraum in einer co-op zu erwerben, kauft man einen Genossenschaftsanteil. Viele größere Städte haben auch eine food co-op. Die Lebensmittel, die dort angeboten werden, stammen oft aus landwirtschaftlichen Genossenschaften oder von kleinen Farmen der Umgebung, die in der Regel mit biodynamischen Methoden arbeiten. Um einer food co-op beizutreten, bezahlt man einen bestimmten Betrag, mit dem man Miteigentümer der Genossenschaft wird. Man bekommt eine Mitgliedskarte, die man beim Bezahlen scannen lässt, so dass der ausgegebene Betrag per Computer festgehalten wird. Falls am Jahresende ein Gewinn erwirtschaftet wurde, erhalten die Mitglieder des Genossenschaftsladens dann einen Teil des ausgegebenen Geldes wieder zurück.

5.1. Community supported agriculture (CSA)

Community supported agriculture (CSA, „gemeinschaftlich unterstützte Landwirtschaft“) bezeichnet eine landwirtschaftliche Erzeuger-Verbrauchergemeinschaft, bei der ein Hof sein Umfeld mit seinen Produkten versorgt, während das Umfeld ihn finanziert. Die Produkte werden nicht einzeln verkauft, sondern wurden vorfinanziert und stehen den Unterstützern frei zur Verfügung.

Die Idee stammt von Rudolf Steiner und wurde in 80er Jahren aus der Schweiz in die USA (Jan Van der Tuin und Trauger Groh) und nach Japan exportiert. In den USA sollen bereits über 2500 CSA-Höfe existieren^[31].

6. Venezuela

Auf wirtschaftlichem Gebiet unterstützt die Chávez-Regierung seit einigen Jahren finanziell und logistisch massiv die Bildung neuer Kooperativen. Gerade einmal etwa 800 Kooperativen waren es beim Amtsantritt von Hugo Chávez im Jahre 1999. 2010 wird von über 200.000 Kooperativen berichtet. Wie viele davon erfolgreich arbeiten, ist jedoch ungewiss, da kaum Kontrollmechanismen existieren. Traditionelle Kooperativen wie Cecosesola funktionieren hingegen auch ohne staatliche Unterstützung hervorragend ^[32].

Im Jahre 2006 wurde das Gesetz über Kommunale Räte verabschiedet und löste eine explosionsartige Gründungswelle dieser Räte (consejos comunales) aus. Entscheidungsorgan dieser Räte sind die Nachbarschaftsversammlungen. Alle BewohnerInnen ab dem 15 Lebensjahr wählen SprecherInnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer Comuna und mehrere Comunas und Räte schließlich zu einer Kommunalen Stadt zusammenschließen. Ihre Zahl beträgt aktuell etwa 50.000. Sie bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien. Finanziert werden die Räte durch den Staat und seine Institutionen.

Mit den kommunalen Räten, die bevorzugt Kooperativen mit Aufträgen versehen, ja sogar selbst Kooperativen gründen können, haben die Kooperativen eine beachtliche Zahl von Auftraggebern erhalten, die ihre Situation und die der gesamten Gesellschaft grundlegend stabilisieren können. Über sie werden die Verbraucherinteressen direkt in die Produktion eingebracht.

6.1. Cecosesola^[33]

Die Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola) mit Sitz in Barquisimeto, der mit etwa 1 Million Einwohnern viertgrößten Stadt Venezuelas, wurde 1967 als Dachverband mehrerer Kooperativen gegründet. Das erste neugegründete Projekt von Cecosesola war ein Beerdigungsinstitut. 1974 wurde mit dem Namen Servicio Cooperativo de Transporte (SCT) als Transportunternehmen mit schließlich 127 Bussen gegründet, geriet aber 1983 wegen staatlicher Repressionen in den Konkurs. Auch Vertreter der Kirche und der Gewerkschaften hatte man damals zum Gegner. Dies führte zum Umdenken in der Orientierung und den Organisationsgrundsätzen.

Das neue Modell sollte unabhängig von Subventionen und staatlicher Unterstützung sein und frei von Hierarchien. Seitdem gibt es keinen Chef und keine Mehrheitsabstimmungen mehr. Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 40.000 aktive Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder miteinander, ohne dass ein Vorstand sie führt oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation

und Konsens.

Zum Verbund gehören 12 Organisationen in den Bundesländern Lara und Trujillio mit mehr als 200 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben von 2-3 Hektar. Kleinen Produktionsgenossenschaften stellen Brot, Vollkornnudeln, Getreideflocken, Tomatensauce, Kräuter, Gewürze, Honig, Fruchtmarmelade usw. her. 55.000 Familien, etwa ein Viertel der Einwohner Barquisimeto, werden wöchentlich mit rund 450 t Früchten und Gemüse über 3 Wochenmärkte versorgt. Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um Barquisimeto.

Eigene Laboratorien sorgen für biologische Schädlingsbekämpfung und eine Regenwurmstation für die Verbesserung biologischer Anbauformen.

Gesundheitsstationen in einigen der 21 Stadtteilkooperativen und seit 1994 ein eigenes zentrales Gesundheitszentrum versorgen monatlich 10.000 Menschen medizinisch und betreiben Gesundheitsvorsorge. Die Geldmittel werden durch ein kooperatives Krankenversicherungssystem aufgebracht, in das alle Assoziierten wöchentlich einen Betrag einzahlen.

Als wichtigstes Prinzip Cecosesolas gilt: Die Menschen in Barquisimeto und den umliegenden Regionen organisieren die elementaren Bedürfnisse ihrer Ernährung und ihrer Gesundheit selbst. Dem Verbund sind über 50 Basisorganisationen mit insgesamt 20.000 Mitgliedern angeschlossen. 1200 Kooperativistas als hauptamtliche Arbeitskräfte bei Cecosesola. Der Jahresumsatz beträgt 430 Millionen Bolivares (100 Millionen US-Dollar). [34]

7. Japan [35]

An der Spitze der Konsumgenossenschaften steht die 1951 gegründete Zentralkonsumgenossenschaft (Japanese Consumers Cooperative Union - JCCU). An dieser hängen verschiedene geschäftsspezifisch differenzierte Verbände von Konsumgenossenschaften:

- 46 regionale Konsumgenossenschaftsverbände (Prefectural Unions of Consumer Cooperatives)
- Nationaler Verband der Universitätsgenossenschaften (National Federation of University Cooperative Associations - INFUCA) mit 210 angebundenen Genossenschaften, über 2.000 Mitarbeitern, 1,3 Mio. Mitgliedern, 208.286 Mio. Yen (1,5 Mrd. Euro) Umsatz.
- Nationaler Verband der Wohnungsbaugenossenschaften (National Federation of Housing Cooperative Societies - Zenjuren) mit 48 Genossenschaften, die in 1.369 Häusern 932.000 Mitgliedern zur Verfügung stehen.
- Nationaler Versicherungsverband für Arbeiter und Konsumgenossenschaftsmitglieder (National Federation of Workers and Consumers Insurance Cooperatives - Zenrosai) mit 59 Genossenschaften, 2.426 Mitarbeitern, 13,2 Mio. Mitgliedern und einem Bestand von 34 Mio. Versicherungspolicen.

Die Gesamtgruppe der Konsumgenossenschaften hat 19 Millionen Mitglieder, setzt jährlich ca. 3.400 Mrd. Yen (48 Mrd. DM) um und beschäftigt 59.000 Mitarbeiter.

Die JCCU mit einem Eigenkapital von 7,9 Mrd. Yen (57 Mio. Euro), einem Umsatz von 285 Mrd. Yen (2,4 Mrd. Euro) und 1.000 Angestellten betreut über die 46 regionalen Konsumgenossenschaftsverbände 646 lokale Konsumgenossenschaften. Die größte dieser lokalen Konsumgenossenschaften, Coop Kobe (1938 lehrte Franz Oppenheimer an der Universität von Kobe), setzt ca. 384.564 Mio. Yen (2,8 Mrd. Euro) um und betreut 1,3 Mio. Mitglieder. Insgesamt verfügt diese Organisation über etwa 3.000 Läden.

Daneben ist ein Japan-spezifisches, flächendeckendes Home-Delivery-System aufgebaut, über das 46% des Gesamtumsatzes abgewickelt wird. Dessen Basis sind nachbarschaftliche Kleinstgruppen von fünf bis sieben Familien.

8. Bangladesch

Yunus selbst beschrieb die Situation in Bangladesch folgendermaßen: „*Ich sah, dass die Leute hart arbeiteten, aber trotzdem blieben sie arm. Warum? Um also Materialien zur Herstellung einfacher Möbel zu erstehen oder Zutaten für das Essen, das sie an der Straße kochten und verkauften, mussten sie sich Geld leihen: entweder bei jenen Menschen, die ihnen die Rohstoffe zur Verfügung stellten und sie dann gleich auch für die fertigen Produkte bezahlten, oder beim Geldverleiher, der horrende Zinsen verlangte. So oder so - ihnen selber blieb am Ende eines langen Arbeitstages kaum etwas übrig.*“ [36]

Die großen Banken waren aufgrund fehlender Sicherheiten nicht bereit, den Menschen Kredite zu gewähren. Ein weiterer Grund für normal strukturierte Banken ist das Missverhältnis zwischen hohem Arbeitsaufwand pro Kunde und geringer Höhe der Kredite. Yunus gründete die Grameen-Bank.

8.1. Grameen-Bank [36]

Die Grameen Bank (übersetzt etwa Dörfliche Bank) ist ein 1983 von Muhammad Yunus gegründetes Mikrofinanz-Kreditinstitut, das Mikrokredite an Menschen ohne Einkommenssicherheiten in Bangladesch vergibt. 1976 begann Yunus zunächst damit, eigenes Geld zu verleihen. Seine Erfahrungen waren positiv, denn pünktlich erhielt er die ausgezahlten Kredite mit Zinsen wieder zurück. Er entwickelte ein System, in dem sich die Kreditnehmer - fast ausschließlich Frauen - aufgrund persönlicher Bindungen zur Rückzahlung verpflichtet fühlten. Und sie wurden Mitglieder - d. h. Miteigentümer - der Bank: Die Grameen Bank gehört ihren Kunden.

Die Grameen Bank setzt für die Vergabe der Kredite zwei Bedingungen:

- Der Antragsteller muss erklären, wofür er das geliehene Geld einsetzen will.
- Der Erwerb von Radio- oder Fernsehgeräten mit diesem Geld ist untersagt.

Im Lauf der Zeit entwickelte die Bank auch eigene Programme, bei denen Darlehen zu besonderen Bedingungen - z. B. Hausbaudarlehen für Familien - vergeben werden. Der Bank gehören Gesellschaften der Telefon-, Energie- (Grameen Shakti), Textil- und Baubranche und andere Dienstleistungsbereiche an.

Die Tochtergesellschaften GrameenTelekom und GrameenPhone ermöglichen in Bangladesh vielen Dörfern eine Telefonanbindung. Durch Kreditvergabe kaufen Frauen ein Telefon, das sie gegen Gebühr an die Mitglieder der Dorfgemeinschaft vermieten.

Ende 2007 hatte die Bank nach eigenen Angaben 7,34 Millionen Kreditnehmer, davon 97 % Frauen. Die Gesamtsumme des bisher verliehenen Geldes beläuft sich auf 6,55 Milliarden Dollar. Die Bank unterhält 2.468 Zweigstellen mit 24.703 Mitarbeitern, die über 70 % (80.257) der Dörfer in Bangladesch betreuen. 98,35 % der vergebenen Kredite werden wieder zurückgezahlt. Die Bank befindet sich zu 94 % im Besitz der Kunden und zu 6 % im Besitz des Staates.

2006 bot Danone Yunus eine größere Spende an. Yunus meinte: „*Ich möchte lieber ein gemeinsames Geschäft vorschlagen.*“ Er erläuterte dann die Gründungsidee: Danone entwickelt einen Joghurt, in dem alle Nahrungsbestandteile enthalten sind, die in der Ernährung der Ärmsten fehlen. Danone gibt sein Know-how, indem es das Werk in Bangladesch errichtet. Nach dem Return of Invest soll das Unternehmen den Abnehmern des Joghurt, der Kundschaft, gehören. Im Dezember 2006 wurde das erste Werk in Bogra, 230 km nördlich von Dhaka errichtet. 28 Arbeiter verarbeiten die Milch aus einem Umkreis von 50 Kilometern. 235 Grameen-Frauen beliefern diesen Umkreis dann mit dem Fertigprodukt. Es kostete anfangs 5, wegen gestiegener Milchpreise dann 8 Taka (ca. 8 Cent)

Yunus wurde 1994 mit dem Welternährungspreis, 1998 der Sydney-Friedenspreis und 2006 mit dem ersten ITU World Information Society Award (ITU) ausgezeichnet. Im selben Jahr wurden der Grameen Bank und ihrem Gründer Yunus für die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung

von unten zu gleichen Teilen der Friedensnobelpreis des Jahres 2006 zuerkannt.

Literaturverzeichnis

1. Konsum Berlin: Konsum Berlin: <http://www.konsum-berlin.de/>,
2. Ewald B. Schulte: Schicksalstag für den Konsum Berlin. Berliner Zeitung, 6.10.2003, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/1006/politik/0008/index.html>,
3. Konsum Dresden: <http://www.konsum-dresden.de/>,
4. Konsum Leipzig: http://www.konsum-zentrale.de/a_kontakt.php,
5. Co op Schleswig-Holstein: <http://www.coop.de/>,
6. VG-Dresden: Die VG – Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG. <http://www.vg-dresden.de/vg-genossenschaft/start.htm>,
7. genoatschool: Bildung für Genossenschaften - email-Interview mit Nicole Göler von Ravensburg. <http://www.genoatschool.de/html/interview.html>, 2005
8. Nicole Göler von Ravensburg und Winfried Köppler: Begleitforschung - Nachhaltige Schülergenossenschaften - Endbericht - genoatschool. http://www.genoatschool.de/assets/applets/Schulergenossenschaften_Abschlussbericht.pdf, 2008
9. Klaus Novy, Barbara von Neumann-Cosel: Wohnreform in Berlin - Ein Arbeitsprogramm wird vorgestellt. Edition Hentrich, Berlin, 1991
10. Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG: Geschäftsbericht 2009. http://www.1892.de/fileadmin/user_upload/pdfs/GB-2009_Original.pdf, 2009
11. Baugenossenschaft Freie Scholle eG: Selbstverwaltung. <http://www.freie-scholle.de/freie-scholle/genossenschaft/selbstverwaltung/die-selbstverwaltung-im-ueberblick/die-selbstverwaltung-im-ueberblick.html>, 2010
12. Emschergenossenschaft: http://www.eglv.de/index_frs.html,
13. Werner Rügemer: Beispiel Hartau - Eine Wasser-Genossenschaft kämpft um ihr Konzept. In: Wie Privatisierer die kommunalen Kassen plündern. Humanwirtschaft 4/2003 www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf_z/ruegemer_privatisierer.pdf,
14. Bundesministerium der Justiz: Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung. http://www.gesetze-im-internet.de/enwg_2005/, 2005
15. Detlef Grumbach: Radiosendung „Engagierte Gemeinschaften“ im Deutschlandradio Kultur. taz, Berlin 2006.,
16. Max Borowski: Herr Schmidt, die Mullahs und das Gas. <http://www.ftd.de/politik/international/353765.html?mode=print>,
17. Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, managermagazin, 11.03.2004, als stark gekürzte Fassung eines Kapitels aus seinem Buch "Wirtschaftsirrtümer – Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik", <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,druck-289395,00.html>,
18. Ufficio Relazioni Internazionali: LegaCoop - Rome - 2. April 2009, 2009
19. Federico Agostini: Eigenschaften des italienischen Genossenschaftssektors, 2008
20. Cécile Raimbeau: Die Roten schreiben schwarze Zahlen - Genossenschaften und Kooperativen in Europa. Le Monde diplomatique 8455, 14.12.2007

21. Giuliana Giorgi: Bewegung in Italien. Bericht für die AG4 der Akademie Solidarische Ökonomie, 2009
22. Stefan Howald: Genossenschaften - Stumpfen für die Massen. WOZ, 26.03.2009
23. Migros: <http://www.migros.ch/DE/home/Seiten/Home.aspx>,
24. Adele und Gottlieb Duttweiler: Adele und Gottlieb Duttweiler: Thesen vom Jahre 1950: http://members.tripod.com/~critics_solutions/15_thesen.htm,
25. Philippe Sablonier: Discounter - 1400 Mal muss es piepsen. WOZ, 16.08.2007
26. COOP: Homepage: <http://www.coop.ch/>,
27. Bettina Dyttrich: Vertragslandwirtschaft - Ein kleines Stück Antwort auf die grossen Fragen. WOZ, 2009
28. Christian Berger: Das Mondragón-Modell- eine „reale Utopie“ als alternatives Wirtschaftsmodell?, 2004
29. Genossenschaften in den USA: <http://www.auswandern.us/genossenschaften.html> ,
30. Ansgar Horsthemke: Die Genossenschaften in den USA unter besonderer Berücksichtigung der New Generation Cooperatives. www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf,
31. Katharina Kraiß und Thomas von Elsen: Community Supportet Agriculture (CSA) in Deutschland. Lebendige Erde, 2/2008
32. Nora Müller, Tobias Lambert: Bildet zwei, drei, tausende Kooperativen! Lateinamerika Nachrichten 392, 2007
33. Peter Bach: Wir diskutieren nicht gegeneinander. <http://www.coforum.de/?6145>, 29.10.2006
34. Cecosesola: Auf dem Weg - Gelebte Utopie einer Kooperative in Venezuela., 2012
35. Alexander Bürkner: Die japanischen Genossenschaften. Internationale Raiffeisen-Union, IRU Courier 1/98. <http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-98/Deutsch-3.html> ,
36. wikipedia: Grameen Bank, 2009